



Quelle: Gémes Sandor/Szomszed, CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Aufrüstung unter dem Stern des Schengen-Beitritts

„Pilotprojekt“ und Polizeigewalt an der türkisch-bulgarischen Grenze

von Yasmina Dahm

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
2. Aufrüstung an der türkisch-bulgarischen Grenze	3
2.1 Das „Pilotprojekt“	3
2.2 Zusammenarbeit mit Frontex in Bulgarien.....	5
3. Grenzgewalt	6
3.1 Europas namenlose Tote?	7
3.2 Die Lager	8
4. Diskurs um Migration in Bulgarien	9
4.1 Der bulgarisch-rumänische Schengenbeitritt.....	9
4.2 Diskurs um Migration in der Zivilbevölkerung	11
5. Profiteure?	11
5.1 Polizeihundes aus Großbritannien	12
5.2 In-Innovation navigation gmbh	14
6. Fazit.....	15

1. Einleitung

„Rund drei Meter hoch der Zaun, Stacheldraht oben drauf, Kameras zeigen in Richtung Türkei.[...] Mit Video und Wärmebild werde geschaut, ob sich Migranten der Grenze nähern, um dann eine Streife zu informieren“, so Lars Gerdes, Vize-Exekutivdirektor von Frontex, wenige Tage nach dem Beschluss der Reform des sogenannten Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zur deutschen Innenministerin Nancy Faeser bei ihrem Besuch an der türkisch-bulgarischen Grenze.¹ So wenig wie der Besuch der deutschen Innenministerin am Grenzübergang Kapitän Andreewo überraschte, überraschte es, dass bei dem Treffen vor allem die aktuelle Anzahl der Versuche „illegaler Grenzübertritte“ im Mittelpunkt stand. Der bulgarische Innenminister Kalin Stoyanov betonte diesbezüglich, dass es im Vergleich zum Frühjahr des Vorjahres nur 7000 statt zuvor 27000 Versuche „illegaler Grenzübertritte“ gegeben habe, während die deutsche Innenministerin betonte, dass Bulgarien eine große Verantwortung beim neuen europäischen Asylsystem zukomme, da es sich bei der türkisch-bulgarischen Grenze um „eine der meistfrequentierten“ handle.² Schon bei einem Besuch des Exekutivdirektors von Frontex, im Februar, der ebenfalls betonte, dass Bulgarien eine sehr wichtige Rolle bei der Bewachung der EU-Außengrenze spiele, brüstete sich der bulgarische Innenminister damit, dass im Vergleich zum vorigen Jahr die Zahl der Personen, die versuchten, die bulgarisch-türkische Grenze illegal zu überschreiten, um fast 80 Prozent zurückgegangen sei.³ Nach dem Besuch des Exekutivdirektors von Frontex, Hans Leijten, an der bulgarisch-türkischen Grenze kündigte dieser am 29. Februar an, dass Frontex im März 500 bis 600 zusätzliche Mitarbeiter*innen zur Zusammenarbeit mit der bulgarischen Grenzpolizei entsenden werde.⁴ Dies wird die Anzahl der Frontex-Beamten, die sich im Jahr 2023 noch auf etwa 232 belief⁵, an der türkisch-bulgarischen Grenze im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich verdreifachen.⁶ Wenige Tage später, am 4. März, gab die Europäische Kommission (EK) bekannt, dass sie am 4. März gemeinsam mit Bulgarien und Rumänien zwei „Kooperationsrahmen für das Grenz- und Migrationsmanagement“ auf den Weg bringen werde, die auf der als erfolgreich bezeichneten Umsetzung der im März 2023 eingeleiteten „Pilotprojekte für schnelle Asyl- und Rückführungsverfahren“ in Rumänien und Bulgarien basieren und mit neuen finanziellen Mitteln für die Grenzüberwachung einhergehen sollen.⁷ So wurde konkret eine neue „spezifische Finanzierungsmaßnahme in Höhe von 85 Millionen Euro im Rahmen des Instruments für Grenzmanagement und Visa (BMVI) 2021 – 2027“ beschlossen, „um die nationalen Kapazitäten an den EU-Außengrenzen zu verbessern.“⁸ Mit den zusätzlichen Mitteln für die Aufrüstung bestehender Grenzüberwachungssysteme können Rumänien und Bulgarien nun, wie die Europäische Kommission erklärte, beispielsweise die Anschaffung von Transportmitteln für den Grenzschutz und von Betriebsausrüstung wie Bewegungserkennungskameras und Thermovisionkameras

beantragen. Der Schwerpunkt der vereinbarten Kooperationsrahmen liegt dabei, so die Europäische Kommission, auf der „Unterstützung verstärkter Maßnahmen in den Bereichen Grenzmanagement, Asyl und Aufnahme, Rückführungssysteme und verstärkte polizeiliche Zusammenarbeit im Schengen-Raum sowie auf dem Beginn der Vorbereitungen zur Umsetzung des Neuen Pakts zu Migration und Asyl in Bulgarien und Rumänien, insbesondere im Hinblick auf die nationalen Umsetzungspläne“, was dem Umstand Rechnung trage, dass im Rahmen des bulgarischen und rumänischen Schengen-Beitritts ab dem 31. März 2024 die Kontrollen an den Luft- und Seebinnengrenzen aufgehoben werden sollen.⁹ „Vor diesem Hintergrund umfasst er [der vereinbarte Kooperationsrahmen] auch Maßnahmen zur weiteren Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, zum Beispiel im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit, um die damit verbundenen grenzüberschreitenden Herausforderungen zu bewältigen“, so die Europäische Kommission.¹⁰ Warum die Entsendung zusätzlicher Frontex-Personen, die Bereitstellung neuer finanzieller Mittel für Grenzüberwachungssysteme und die von der Europäischen Kommission als „erfolgreich“ bezeichneten „Pilotprojekte für schnelle Asyl- und Rückführungsverfahren“ in Rumänien und Bulgarien als extrem problematisch und besorgniserregend bewertet werden müssen, zeigen Berichte illegaler Push-backs und extremer Gewalt an der türkisch-bulgarischen Grenze. So bezeichnete etwa die Nichtregierungsorganisation No Name Kitchen, die Geflüchtete und Migrant*innen unterstützt und vor Ort immer wieder Grenzgewalt und illegale Push-backs dokumentiert, die türkisch-bulgarische Grenze im Dezember 2023 als „die tödlichste Grenze entlang der Balkanroute.“¹¹ Die Menschen, die Bulgarien durchqueren, müssten „eine lange Reise durch die raue Natur und heftige Wetterbedingungen auf sich nehmen, mit Krankheiten und schierer Erschöpfung kämpfen und gleichzeitig der Grenzpolizei ausweichen, die Geflüchtete und Migrant*innen systematisch in die Türkei abschiebt, ohne das Risiko von Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung individuell zu prüfen“, so die Einschätzung der No Name Kitchen.¹² Auch die Berichte anderer Nichtregierungsorganisationen und Journalist*innen wie Human Rights watch, Lighthouse Reports und Bordermonitoring Bulgaria bestätigen diese Einschätzung und berichten mitunter davon, dass in unmittelbarer Nähe der türkisch-bulgarischen Grenze „viele Menschen spurlos sterben“ würden.¹³ So erklärten etwa einige Nichtregierungsorganisationen in Bulgarien und Serbien gegenüber Lighthouse Reports, dass sie jeden Tag wegen ungeklärter Todesfälle kontaktiert werden, wobei die meisten Leichen von Migrant*innen in Burgas im Südosten Bulgariens, nahe der türkisch-bulgarischen Grenze, verzeichneten werden.¹⁴ Im Folgenden wird sowohl auf das sogenannte „Pilotprojekt für schnelle Asyl- und Rückführungsverfahren“ und den Umfang der geplanten Aufrüstung an der türkisch-bulgarischen Grenze als auch auf den Diskurs um den rumänisch-bulgarischen Schengenbeitritt und die unzähligen Berichte brutaler und systematischer Menschenrechtsver-

3 IMI-Studie 3/2024

letzungen durch Grenzpolizei in Bulgarien eingegangen. Es wird untersucht, inwiefern das sogenannte „Pilotprojekt für schnelle Asyl- und Rückführungsverfahren“ und der Diskurs um den bulgarischen Schengenbeitritt mit dem Diskurs um die Stärkung der EU-Außengrenzen und den systematischen Menschenrechtsverletzungen durch die Grenzpolizei in Bulgarien in Verbindung gebracht werden können. Vor diesem Hintergrund wird diskutiert, welche Zustände an der türkisch-bulgarischen Grenze nach dem Beschluss der GEAS-Reform und dem noch ausstehenden bulgarischen Schengenbeitritt mit den Landesgrenzen voraussichtlich zu erwarten sind. Auch mit der Frage, wer von der Aufrüstung der türkisch-bulgarischen Grenze profitiert, wird sich die Studie befassen.

2. Aufrüstung an der türkisch-bulgarischen Grenze

Am 20. März 2023 gab die Europäische Kommission öffentlich den Beginn eines 6-monatigen „Pilotprojekts“ mit Rumänien und Bulgarien „zur Verhinderung irregulärer Einreisen und zur Stärkung des Grenz- und Migrationsmanagements“ bekannt.¹⁵ Das „Pilotprojekt“ wird in einer Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 7. Juni 2023 als „direkte Folgemaßnahme zum Schreiben der Präsidentin von der Leyen vom 20. Januar 2023 und zu den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 9. Februar sowie zum EU-Aktionsplan für den westlichen Balkan vom Dezember 2022“ bezeichnet.¹⁶ Der Brief Ursula von der Leyens bezeichnete die türkisch-bulgarische Grenze Ende März als „Schlüsselgrenze“¹⁷ und als ein erstes Ziel, um die „600 Mio. Euro, die in Kürze zur Verfügung gestellt werden“, um die Mitgliedstaaten bei der Grenzkontrolle und der technischen Ausrüstung zu unterstützen, optimal zu nutzen.¹⁸ In einer Erklärung der Euro-

päischen Kommission von März 2023 heißt es, dass sich das Projekt auf „die bewährten Verfahren und Erfahrungen Bulgariens, einschließlich der hervorragenden Zusammenarbeit mit Serbien, der Türkei und anderen Nachbarländern sowie mit den in Bulgarien tätigen EU-Agenturen“ stütze und vorsehe, dass Bulgarien mit „starker operativer und technischer Unterstützung der Kommission und der wichtigsten EU-Agenturen im Bereich Inneres (EUAA, Europol und Frontex)“ gezielte Instrumente und Praktiken im „Bereich der beschleunigten Asylverfahren und der effektiven Rückführung“ einführe.¹⁹ Die Stärkung der Außengrenzen mit verstärkten Überwachungsmaßnahmen an der bulgarisch-türkischen Grenze sei dabei eine der Hauptprioritäten des „Pilotprojekts“, das „einen konkreten Beweis für das Engagement Bulgariens auf hoher Ebene und seine Unterstützung für nachhaltige Lösungen zur Migrationssteuerung auf EU-Ebene“ darstelle und auch finanziell gefördert werden solle.²⁰

2.1 Das „Pilotprojekt“

Schon Anfang Juni 2023 berichtete die Europäische Kommission in einer Pressemitteilung von „Fortschritten bei den Pilotprojekten für Asyl- und Rückkehrverfahren“ und neuer finanzieller Unterstützung für Bulgarien und Rumänien.²¹ Bulgarien habe bereits „operative Schritte unternommen, um die beschleunigten Asylverfahren zu verbessern“ und unter anderem eine Liste sogenannter sicherer Herkunftsländer aufgestellt, die Möglichkeit geprüft eine negative Entscheidung über internationalen Schutz zusammen mit einer Rückkehrentscheidung zu erlassen und an der Digitalisierung der Asyl- und Rückführungssysteme gearbeitet.²² Außerdem habe Bulgarien die Zusammenarbeit mit der Europäischen Agentur für Asyl (EUAA), mit Frontex und mit Europol intensiviert und in diesem Rahmen etwa einen Fahrplan ausgearbeitet, um „die



Quelle: Vikiyazar at Turkish Wikipedia, Public domain, via Wikimedia Commons

volle Kapazität der Agentur für die Grenzverwaltung und die Rückführung mit zusätzlichen Ressourcen wie ständigen Truppen und technischer Ausrüstung zu nutzen“ oder einen nationalen Mechanismus für den Informationsaustausch und eine operative Task Force zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität eingerichtet.²³ Aus der Pressemitteilung geht außerdem hervor, dass Rumänien und Bulgarien von der Europäischen Kommission im Rahmen des Instruments für Grenzmanagement und Visa (BMVI) im Bereich Inneres neue finanzielle Unterstützung im Umfang von 45 Millionen Euro (Bulgarien) und 10,8 Millionen Euro (Rumänien) erhalten sollen. Die 45 Mio. Euro für Bulgarien sollen nach Angaben der Europäischen Kommission hauptsächlich für „die Erweiterung der Reichweite des integrierten Überwachungssystems, die Modernisierung der Fahrzeugflotte und die befristete Einstellung und Abordnung von zusätzlichem Personal“ genutzt werden. Des Weiteren gab die Europäische Kommission im Juni bekannt, dass weitere 140 Millionen Euro für „die Entwicklung elektronischer Überwachungssysteme an den Landaußengrenzen“ und weitere 120 Millionen Euro für „die Unterstützung der Aufnahme- und Asylsysteme“ und insbesondere für die Aufnahme unbegleiteter Minderjähriger und die Aufnahmekapazität an der Grenze“²⁴ aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) und dem Instrument zur finanziellen Unterstützung des BMVI zur Verfügung gestellt werden sollen.²⁵ Ein Dokument der Europäischen Kommission spricht von weiteren etwa 24,5 Millionen Euro, die Bulgarien im Rahmen des BMVI für die „Verbesserung der Grenzverwaltung durch die Lieferung von Spezialausrüstung und Fahrzeugen für

die Grenzkontrolle sowie für die Einrichtung automatisierter Systeme für Grenzkontrollen und Grenzzonen und die Installation von Sicherheitssystemen an Grenzübergangsstellen an Flüssen“ garantiert worden seien.²⁶ Darin heißt es weiter: „Bulgarien spielt eine Schlüsselrolle beim Schutz der EU-Außengrenzen und verfügt über ein starkes Grenzschutzsystem [...] Das Pilotprojekt ermöglicht eine verstärkte Zusammenarbeit und die Bereitstellung von zusätzlicher gezielter Unterstützung für Bulgarien, die zu einem höheren Niveau der Grenzüberwachungskapazitäten an der Außengrenze führt.“²⁷ Außerdem werden in dem Dokument „zahlreiche bilaterale Besuche und der Austausch bewährter Praktiken“ erwähnt. Die beschleunigten Verfahren seien vor allem im Transitzentrum von Pastrogor erprobt worden, wo zwischen März und September 2023 von insgesamt 2033 registrierten Asylanträgen 1499 Asylanträge im beschleunigten Verfahren, 6 Asylanträge im normalen Verfahren abgelehnt und 159 Entscheidungen zur Beendigung von Asylverfahren erlassen wurden.²⁸ Die Nichtregierungsorganisation No Name Kitchen beschreibt in einem Bericht, dass das sogenannte „Pilotprojekt“ im Transitzentrum von Pastrogor zur Folge hatte, dass „bestimmte Antragsteller, vor allem aus der Türkei und Afghanistan, diskriminierend behandelt wurden und ihre Fälle als unbegründet eingestuft wurden, was dazu führte, dass sie nicht akzeptiert wurden und die sofortige Rückkehr in ihre Länder beschlossen wurde.“²⁹ Ein Bericht der Europäischen Kommission vom 18. Oktober 2023 spricht von „guten Fortschritten“ und „soliden Ergebnissen“ im Bereich „der beschleunigten Asylverfahren und der effektiven Rückführung, der Grenzverwaltung und der verstärkten Zusammenarbeit mit den Nachbarländern.“³⁰ So solle es beispielsweise ab Anfang 2024 ein neues Programm für „die unterstützte freiwillige Rückkehr und die Wiedereingliederung mit verstärkten finanziellen Anreizen“ aus den Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) 2021-2027 eingeführt werden, das den Bargeldanreiz für eine sogenannte „unterstützte freiwillige Rückkehr“ von 150 EUR auf bis zu 900 EUR und die sogenannte Wiedereingliederungshilfe von 1000 Euro auf bis zu 3000 und für Familien von 2000 auf bis zu 7000 Euro erhöhen soll. „Gewährleistung einer wirksamen Kontrolle der EU-Außengrenzen“ sei eine Priorität, so die Europäische Kommission im Oktober, die angab, dass im Rahmen des aktuellen mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 bereits 4,3 Mrd. EUR für die Programme der Mitgliedstaaten und 6,3 Mrd. EUR für die Migrationssteuerung (Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds) bereitgestellt worden seien. Aufgrund der als positiv bewerteten bisherigen Ergebnisse des Pilotprojekts, so das Fazit der Europäischen Kommission im Oktober 2023, sei vereinbart worden, „die Zusammenarbeit im Rahmen der Pilotprojekte fortzusetzen und regelmäßige Lenkungsausschüsse einzurichten, um die Umsetzung und Effizienz der in diesem Zusammenhang eingeführten neuen Maßnahmen zu überwachen.“ Chris Jones, der Direktor von StateWatch kommentierte das sogenannte Pilotprojekt wie folgt: „Ein wesentliches Merkmal der Pilotprojekte in Bulgarien und Rumänien ist



Frontex-Hauptquartier in Warschau. Quelle: Adrian Grycuk, CC BY-SA 3.0 PL, via Wikimedia Commons

die Beschleunigung der Asyl- und Abschiebeverfahren. Diese Beschleunigung zielt offensichtlich darauf ab, die bestehenden Verfahrensrechte von Menschen, die internationalen Schutz suchen, zu beschneiden. Beschleunigte Verfahren sind aber auch ein zentrales Element der noch zu verabschiedenden Asylverfahrensverordnung - und so wird die Umsetzung der beschleunigten Verfahren durch die Projekte selbst beschleunigt. Der Plan, mehr „Aufnahmekapazitäten“ an den Grenzen zu schaffen, scheint auch den Plan für mehr Grenzverfahren - und damit mehr Inhaftierung an den Grenzen - vorwegzunehmen. Warum sollte man auf eine EU-weite Gesetzgebung warten, um die Rechte der Menschen zu untergraben, wenn man es als „Pilotprojekt“ bezeichnen und trotzdem durchziehen kann?“³¹

2.2 Zusammenarbeit mit Frontex in Bulgarien

Aus verschiedenen Dokumenten geht hervor, dass die Zusammenarbeit von Frontex mit den bulgarischen Behörden im Rahmen des sogenannten Pilotprojekts stark intensiviert wurde. Nach Angaben von Frontex wurden 2016 noch 192 Offiziere und Mitarbeiter*innen an den Grenzen Bulgariens zur Türkei und zu Serbien eingesetzt,³² während mittlerweile allein an der türkisch-bulgarischen Grenze von etwa 900 Frontex-Mitarbeiter*innen auszugehen ist.³³ Ein „Bericht über die Fortschritte beim Pilotprojekt für schnelle Asyl- und Rückkehrverfahren“ vom 18. Oktober 2023, den die EU-Kommissarin für Inneres Ylva Johansson einem Brief an den bulgarischen Innenminister Kalin Stojanov anhängte,³⁴ gibt sogar an, dass Bulgarien „die operativen und technischen Möglichkeiten der Agentur“ mittlerweile in vollem Umfang nutze.³⁵ Als zentrale Neuerungen bei der Zusammenarbeit mit Frontex werden in dem Bericht vor allem der sogenannte „Aktionsplan zur Rückkehr“ und die damit verbundene Ausarbeitung eines „Fahrplans“, der Bulgarien zusätzliche technische und personelle Ressourcen für die Grenzverwaltung zur Verfügung stellt, sowie die Einführung eines mobilen „Frontex Operational Support Teams zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität“ genannt.³⁶ Das sogenannte „mobile operative Unterstützungsteam zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität“ kontrollierte zwischen März und September 2023 ca. 240 Fahrzeuge, woraufhin die bulgarischen Grenzbehörden 252 Ermittlungsverfahren wegen Schmuggels einleiteten, die zur strafrechtlichen Verfolgung von 243 Personen führten. Auch zusätzliche Dolmetscher*innen und Mitglieder von Screening- und Debriefing-Teams wurden dem bulgarischen Grenzschutz von Frontex nach Angaben der Europäischen Kommission zur Verfügung gestellt.³⁷ Der sogenannte „Aktionsplan zur Rückkehr“, den das bulgarische Innenministerium und Frontex im Mai 2023 am Rande der Tagung des Rates „Justiz und Inneres“ unterzeichneten, führte nach Angaben der Europäischen Kommission zusätzlich „zur Entsendung von zwei Frontex-Rückkehrspezialisten und zusätzlichen Dolmetschern und Kulturvermittlern“, die zwischen Mai und September 2023 insgesamt 1382 „Beratungsgespräche“ durchführten, in denen Migrant*innen über „freiwillige“ und erzwungene Rückkehr informiert wurden. Auf

materieller Ebene werden in dem Bericht von Oktober 2023 vor allem „gekühlte Wärmebildkameras und ein mobiles Überwachungssystem“ genannt, die Bulgarien für den Einsatz an der Grenze zur Türkei von Frontex erhalten habe. Die Zusammenarbeit im Rahmen des vom bulgarischen Innenministerium und Frontex unterzeichneten Fahrplans umfasst neben der Bereitstellung zusätzlichen Personals und zusätzlicher Ausrüstung auch den konkreten Wissensaustausch. Als Beispiele für den Wissensaustausch mit Frontex werden in dem Dokument von Oktober 2023 „Informationssitzungen über Identitätsdokumente, Gestaltung und Schutz, neueste Trends bei gefälschten Dokumenten [und] Möglichkeiten zur Erkennung gefälschter Dokumente (sogenannte „Roadshows“ zu Dokumenten)“ genannt. So habe es beispielsweise im April 2023 in der bulgarischen Hauptstadt Sofia einen von Frontex organisierten Workshop über Nachbesprechungs- und Überprüfungsmethoden für bulgarische Beamte, die in Haftanstalten beschäftigt sind, gegeben und auch vom 11. bis 15. September 2023 organisierte Frontex eine sogenannte Rückkehr- und Wiedereingliederungsschulung für bulgarische Beamte, „um das allgemeine Wissen über den Prozess der Rückkehrberatung zu verbessern und ein internes Auswahlverfahren durchzuführen.“ Auch an der „Verbesserung des nationalen IT-Systems zur Verwaltung von Rückkehrfällen“ mit dem Ziel, das bulgarische System an das IT-Referenzmodell von Frontex für Management-Systeme (RECAMAS) anzugleichen, soll Frontex mitgewirkt haben.³⁸ In Anbetracht der massiven und systematisch dokumentierten Menschenrechtsverletzungen an der türkisch-bulgarischen Grenze mutet ein bestimmter Bereich des „Wissensaustauschs“ von Frontex und den bulgarischen Behörden besonders zynisch an: So gibt die Europäische Kommission in ihrem Bericht von Oktober 2023 an, dass die Frontex-Roadmap auch „Maßnahmen zur Förderung der Grundrechte mit Unterstützung des Frontex-Büros für Grundrechte“ vorsehe und brüstet sich damit, dass Bulgarien mit Unterstützung von Frontex und der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte bereits Trainings mit Grenzschützern zum Thema Grundrechte durchgeführt habe. Wenngleich Frontex-Beamt*innen in Bulgarien bisher keine direkte Beteiligung an Pushbacks nachgewiesen werden konnte, gibt es nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Terre des Hommes doch starke Hinweise darauf, dass Frontex „wissentlich die Augen vor Menschenrechtsverletzungen der bulgarischen Behörden verschließt.“³⁹ So sei es Ende 2022 einem Rechercheverbund verschiedener europäischer Medien⁴⁰ gelungen, mit heimlich aufgenommenen Videoaufnahmen die Existenz eines inoffiziellen Gefängnisses in der bulgarischen Kleinstadt Sredez nachzuweisen, wo Geflüchtete neben Autos mit der Aufschrift Frontex „im Hinterhof einer Polizeistation in einem vergitterten Schuppen, der einem Hundezwinger glich, ohne jegliche Versorgung bis zu ihrer Rückschiebung festgehalten“ wurden.⁴¹ Die Europäische Agentur für Grenzschutz, deren ehemaliger Vorsitzender Fabrice Leggeri mittlerweile für die rechtspopulistische Partei Rassemblement National kandidiert, ist nachweislich seit 2022 andernorts bereits in illegale Push-Backs und deren Vertuschung verwickelt.⁴²

3. Grenzgewalt

Die türkisch-bulgarische Grenze gilt als die tödlichste Grenze auf der Balkanroute und das bulgarische Grenzregime basiert auf Inhaftierung und Repression. Dies wurde vor allem in einem Lighthouse-Bericht mit dem Titel „Europe’s Nameless Dead“ von Dezember 2023 deutlich, der feststellte, dass in den vergangenen zwei Jahren, ohne Berücksichtigung der sicher höheren Dunkelziffer, fast Hundert Migrant*innen auf ihrem Weg durch Bulgarien an den Folgen von Kälte und Erschöpfung starben. Doch auch wenn das Ausmaß der Aufrüstung an der türkisch-bulgarischen Grenze zurzeit neue Dimensionen erreicht, ist das Problem der extremen Gewalt gegenüber Migrant*innen in Bulgarien schon länger bekannt. Schon im Jahr 2015 forderte das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) eine Untersuchung des Todes von zwei jesidischen Männern aus dem Irak an der bulgarisch-türkischen Grenze, die zunächst ihrer Habseligkeiten beraubt wurden und anschließend in Folge von Unterkühlung und Schlägen der bulgarischen Grenzpolizei starben.⁴³ Der Bericht, der die bulgarischen und türkischen Behörden aufforderte den Fall zu untersuchen, beschreibt, dass schon aus Daten des UNHCR aus dem Jahr 2014 hervorgehe, dass es an der türkisch-bulgarischen Grenze illegale Push-Backs und massive Grenzgewalt gebe, die auch die Beschlagnahme von Geld und Eigentum durch die Grenzpolizei einschließe. Spannend sind die Zahlen, die in dem Dokument genannt werden: So habe es 2013 noch 11.500 „irreguläre Einreisen“ von über 16.700 Versuchen gegeben, während die Anzahl der „irregulären Einreisen“ im Jahr 2014 trotz über 38 500 Versuchen mit lediglich 6000 Einreisen von Personen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak fast um 50% zurückgegangen sei. In dem Bericht des UNHCR hieß es schon damals, dass Bulgarien plane, „den bestehenden 33 Kilometer langen Zaun aus Stacheldraht, der 2014 als Reaktion auf die steigende Zahl irregulärer Ankünfte, die meisten von ihnen aus Syrien, errichtet wurde, um weitere 82 Kilometer zu erweitern.“⁴⁴ Der Bau des besagten Zauns wurde 2013 begonnen und 2018 fertiggestellt.⁴⁵ Im Februar 2020 gab das bulgarische Verteidigungsministerium nach einem Telefonat des damaligen Premierministers Boiko Borissov mit dem türkischen Präsidenten an, dass der damalige Verteidigungsminister Krassimir Karakachanow „300 Armeeingehörige und 50 Angehörige des gemeinsamen Kommandos für Sondereinsätze in Bereitschaft versetzt hat, um bei Bedarf die Staatsgrenze zu bewachen.“⁴⁶ Nur wenige Tage nach der Machtergreifung der Taliban in Afghanistan im August 2021 verkündete die bulgarische Regierung die Entsendung zusätzlicher „400 bis 700 Soldaten an die Grenzen zu Griechenland und der Türkei, um die dort bereits stationierten rund 1.000 Grenzpolizisten zu unterstützen“.⁴⁷ Der damalige Verteidigungsminister Georgi Panayotov sprach von einer „Schutzmission“, die auf erhöhten Druck an den Grenzen reagiere und der bulgarischen Polizei und Gendarmerie beim „Aufbau von Barrieren und Überwachung“ helfe.⁴⁸ Im November 2021 berichtete Reuters, dass Bul-

garien bereits „350 Truppen und militärische Ausrüstung zur Verstärkung der Kontrollen an den Grenzen zur Türkei und zu Griechenland“ entsendet habe, um die Einreise von Migrant*innen zu verhindern.⁴⁹ Auch das Bulgarian Helsinki Committee berichtete schon im Jahr 2020 von 15173 Personen, die von Pushbacks betroffen waren⁵⁰, während es im Jahr 2021 dann schon exorbitante 44,988 Personen in 2513 Pushbacks gewesen seien.⁵¹ Im Juli 2021 urteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mit Bezug auf das Push-Back eines türkischen Journalisten im Jahr 2016, dass Bulgarien gegen Artikel 3 und gegen Artikel 13 der Europäischen Menschenrechtskonvention, also gegen das Verbot von Folter und unmenschlicher und erniedrigender Behandlung sowie gegen das Recht auf einen Rechtsbehelf, verstoßen habe.⁵² Im Februar 2022 wies auch der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Filippo Grandi, auf ein „beunruhigendes Muster von Drohungen, Einschüchterung, Gewalt und Demütigung“ hin, bei dem Menschen an den zentralen und süd-östlichen Grenzen der EU zurückgedrängt würden. Ein im Mai 2022 veröffentlichter Bericht von Human Rights Watch mit dem Titel: „Migranten werden an der türkischen Grenze brutal zurückgedrängt“ forderte schon vor fast zwei Jahren, dass die EU die illegalen und entmenslichenden Pushbacks an der türkisch-bulgarischen Grenze stoppen solle und schildert die grausamen Erfahrungen 15 afghanischer Männer, die zwischen November 2021 und April 2022 nach eigenen Angaben von 19 Pushbacks an der türkisch-bulgarischen Grenze betroffen waren.⁵³ In dem Bericht heißt es unter anderem: „Die bulgarischen Behörden verprügeln, berauben, entkleiden und setzen Polizeihunde ein, um afghanische und andere Asylbewerber und Migranten anzugreifen, und schieben sie dann ohne formelle Anhörung oder Asylverfahren in die Türkei zurück.“⁵⁴ Auch die Nichtregierungsorganisation „No Name Kitchen“ spricht davon, dass geflüchtete Menschen auf der Durchreise durch Bulgarien „eine lange Reise durch die raue Natur und heftige Wetterbedingungen auf sich nehmen, mit Krankheiten und schierer Erschöpfung kämpfen und gleichzeitig der Grenzpolizei ausweichen müssen“, die Menschen willkürlich inhaftiere und systematisch foltere, um sie anschließend „ohne Befragung oder formelles Asylverfahren in die Türkei zurückzubringen.“⁵⁵ Die Abschiebungen in die Türkei erfolgen dabei „ohne das Risiko von Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung individuell zu prüfen“. Verschiedene Betroffene von Pushbacks schilderten in Berichten der No Name Kitchen, die im Zeitraum von Mai bis September 2023 veröffentlicht wurden, nicht nur extreme physische sondern auch extreme psychische Gewalt. Neben den häufigen Berichten von Hetzjagden mit bissigen Polizeihunden und Schlägen mit elektronischen Schlagstöcken⁵⁶ scheint es an der bulgarisch-türkischen Grenze regelmäßig vorzukommen, dass nicht nur Kleidung, Wasser, Nahrungsmittel, Geld und persönliche und religiöse Gegenstände entwendet oder zerstört und Personen angeschrien, bedroht und beleidigt werden, sondern es werden teilweise auch Grundbedürfnisse wie das Nutzen von Toiletten im Gewahrsam

an körperliche Gewalt gekoppelt.⁵⁷ „Sie brachten uns auf die Toilette, um uns zu schlagen, so dass niemand sehen konnte, was sie mit uns machten. [...] Wenn einer von uns darauf bestand, auf die Toilette zu gehen, brachten sie uns auf die Toilette und schlugen uns noch einmal“, so ein Überlebender.⁵⁸ „Sie nahmen uns sogar das Essen weg, das wir bei uns hatten. Als sie uns in der Türkei absetzten, hatten wir nicht einmal Schuhe“, so ein anderer Überlebender.⁵⁹ „Als ich sah, wie der Polizist meinen Koran zerstörte, war ich so wütend, aber ich konnte nichts dagegen tun. Sie nahmen mir alles weg, sogar meine Menschlichkeit,“ so ein dritter Überlebender.⁶⁰ Für das Jahr 2022 geht das Bulgarian Helsinki Committee mittlerweile von 90.000 von Pushbacks betroffenen Personen aus und der bulgarische Innenminister Kalin Stoyanov brüstete sich zuletzt damit, dass 2023 etwa 165.000 „illegale Einreiseversuche“ an der bulgarisch-türkischen Grenze verhindert worden seien.⁶¹

3.1 Europas namenlose Tote?

Am 30. März 2024, starb der 17-jährige Syrer Fadi Abbas-Al Daher nach der Überquerung der türkisch-bulgarischen Grenze im Wald nahe von Marmanchevo an Erschöpfung.⁶² Sein Tod ist kein Einzelfall, sondern Ausdruck einer zutiefst menschenverachtenden Grenzpolitik, die schon so sehr normalisiert zu sein scheint, dass über seinen Tod medial außerhalb einer Randnotiz im bulgarischen Fernsehen kaum berichtet wurde. Die Nichtregierungsorganisation No Name Kitchen berichtet von einer Vielzahl von Todesfällen von Migrant*innen in Bulgarien und Serbien aufgrund von Kälte, Wassermangel und Erschöpfung. Ein Bericht von Lighthouse Reports, mit

dem Titel „Europas namenlose Tote“, der im Dezember 2023 veröffentlicht wurde, beginnt wie folgt: „Immer mehr Menschen versuchen, über den Balkan nach Westeuropa zu gelangen, und nehmen dabei immer gefährlichere Routen, um der Grenzpolizei zu entgehen, und viele sterben spurlos.“⁶³ Die Gräber von toten Migrant*innen werden in der Regel lediglich mit den Buchstaben „NN“ beschriftet, die angeben sollen, dass am besagten Ort eine Person ohne Namen begraben liegt. Während es 2015 noch vergleichsweise wenige Mauern und Zäune gegeben habe, seien in den vergangenen Jahren mit Hilfe von Finanzmitteln der EU und des Vereinigten Königreichs Zäune und Mauern gebaut worden, was dazu geführt habe, dass Migrant*innen sich auf immer längere und gefährlichere Routen begeben müssen, auf denen sie „in den Wäldern erfrieren, in den Flüssen ertrinken oder vor lauter Erschöpfung sterben“.⁶⁴ Nach Angaben des Lighthouse Reports gibt es keine offiziellen Daten zu der Anzahl toter Migrant*innen auf dem Balkan und Versuche, Daten zu erheben, wie im Rahmen des Missing Migrants Projektes der IOM⁶⁵, basieren oft hauptsächlich auf medialen Berichten und bleiben unzureichend, da etwa die Zahl in Flüssen ertrunkener oder tief in Wäldern verstorbener Migrant*innen nicht erfasst wird. Bei ihrem Versuch, Daten über den Tod von Migrant*innen und den Umgang mit ihren toten Körpern in Bosnien, Serbien und Bulgarien zu sammeln, stießen die Wissenschaftler*innen und Journalist*innen darauf, dass nicht identifizierte Leichen spurlos verscharrt oder in Leichenhallen gestapelt werden, während es von staatlicher Seite „wenig bis gar keine Anstrengungen, um tote Migranten zu identifizieren oder ihre Familien zu informieren“, gebe.⁶⁶ Die



Nach Angaben der No Name Kitchen war der Diebstahl (45%) und die Zerstörung persönlicher Gegenstände (32%) von März-Oktober 2023 die häufigste Form der in Pushbacks auf der Balkanroute erlebten Gewalt nach Schlägen (75%). Quelle: Jack Sapoch, via ecosia.org

Autor*innen des Lighthouse Reports erhielten nach der Anfrage diverser Polizeidienststellen, Staatsanwaltschaften, Gerichte und Leichenhallen in Bulgarien, Serbien und Bosnien um Angaben darüber, wie viele nicht identifizierte Leichen sie in den letzten Jahren aufgenommen hatten, Rückmeldung von 6 Leichenhallen, die insgesamt 155 tote Migrant*innen seit Beginn des Jahres 2022 verzeichneten.⁶⁷ Die meisten davon befanden sich in der Leichenhalle des Krankenhauses von Burgas in Bulgarien nahe der türkisch-bulgarischen Grenze. Einige Nichtregierungsorganisationen in Bulgarien und Serbien gaben gegenüber Lighthouse Reports an, dass sie täglich von den Familien vermisster Personen kontaktiert werden und dass Familien oft nur nach der Zahlung von Bestechungsgeldern Zugang zu den Leichen ihrer Angehörigen gewährt wird.⁶⁸ Ein bosnischer Pathologe gab gegenüber den Reporter*innen an, dass er allein im Jahr 2023 die Körper von 28 Personen untersucht habe, die in dem Grenzfluss Drina ertranken, während es im Vorjahr lediglich 5 gewesen seien. Auch der Spiegel⁶⁹, inews⁷⁰, die Tagesschau⁷¹, Radio Free Europe⁷² und Solomon⁷³ berichteten im Dezember 2023 über die unzähligen toten Migrant*innen auf der sogenannten Balkanroute, wobei etwa Radio Free Europe von Hunderten von Toten sprach und inews den Anstieg der Todesfälle im Jahr 2023 im Bezug auf das Vorjahr mit 46% bezifferte. Ein Bericht von Border Monitoring Bulgaria, der ebenfalls im Dezember 2023 veröffentlicht wurde und sich auf den kurz zuvor veröffentlichten Lighthouse Report bezieht, spricht von 93 Migrant*innen, die allein im Zeitraum von 2022-2023 in Bulgarien gestorben seien.⁷⁴

3.2 Die Lager

Ein Artikel des bulgarischen Nachrichtenportals novinite.com hielt im November 2023 fest, dass von Januar bis Oktober 17.056 Drittstaatsangehörige in Gewahrsam genommen wurden, von denen 1.364 Einreisende und 1.751 Ausreisende gewesen seien und 13.941 sich illegal in Bulgarien aufgehalten hätten.⁷⁵ Darunter seien vor allem Syrer*innen (50,9%), Marokkaner*innen (15,9%) und Afghan*innen (15,2%) gewesen. Während sich die Zahl der Migrant*innen, die illegal in Bulgarien leben im Zeitraum von Januar- Oktober 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 35,1% erhöht habe und die Anzahl der Inhaftierungen von Migrant*innen um 18,2% gestiegen sei, sollen im Oktober 2023 verglichen mit dem Vormonat September 41% weniger Migrant*innen inhaftiert worden sein.⁷⁶ Sowohl in den offenen, als auch in den geschlossenen Lagern, wie etwa Lyubimets an der Grenze zur Türkei und zu Griechenland und Busmantsi in der Nähe von Sofia, herrschen Zustände, die von Nichtregierungsorganisationen als „unzureichend, insbesondere in Bezug auf Hygiene, Ernährung und Gesundheitsversorgung“ bezeichnet werden und diese zu „Gefängnissen für Menschen, die kein Verbrechen begangen haben“ machen.⁷⁷ So berichten geflüchtete Menschen über eine extrem unzureichende Versorgung mit Nahrungsmitteln, über schmutziges Trinkwasser, das Fehlen von warmem Wasser und Heizung und über die Abnahme

von Mobiltelefonen und den dadurch unmöglich gemachten Kontakt mit Angehörigen und Bezugspersonen.⁷⁸ Die Verhältnisse in den geschlossenen Lagern Lyubimets (mit einer Kapazität von 660 Plätzen) und dem geschlossenen Lager Busmantsi (mit einer Kapazität von 400 Plätzen), die zentralen Orte sind, an denen Migrant*innen in Bulgarien im Kontext ihrer Registrierung und ihrer Abschiebung inhaftiert werden, sind besonders erschreckend: So werden dort 8-10 Geflüchtete oder mehr in einem Raum untergebracht und die Räume werden von 22-7 Uhr verschlossen.⁷⁹ Familien mit Kindern dürfen sich nur eine Stunde am Tag auf dem Hof aufhalten und den Rest des Tages ihre Etage nicht verlassen.⁸⁰ In einem Bericht von Terre des Hommes von November 2023 mit dem Titel „Vor Mauern und hinter Gittern- Wie Kinder und Jugendliche an den Außengrenzen der EU rechtswidrig zurückgeschoben und inhaftiert werden“ wird beschrieben, dass es in Bulgarien drei Formen von Migrationshaft gebe von denen zwei auch auf Kinder und Jugendliche angewendet werden: „Sowohl begleitete als auch unbegleitete Kinder und Jugendliche werden auf nationalrechtlicher Grundlage bis zur Registrierung ihres Asylantrags inhaftiert. Zudem können begleitete Kinder und Jugendliche nach der Ablehnung eines Asylantrags bis zu drei Monate in Abschiebungshaft genommen werden.“⁸¹ Darin sieht Terre des Hommes eine eindeutige und ausnahmslose Verletzung der Kinderrechtskonvention. Eine zeitlich nicht befristete Inhaftierung während des laufenden Asylverfahrens werde bei Kindern und Jugendlichen dagegen bisher in der Regel noch nicht angewandt, wenngleich es durch häufig „falsche oder mindestens unzureichende Alterseinschätzungen“ durch extrem fragwürdige Methoden, wie beispielsweise der Altersbestimmung durch das Röntgen von Handgelenken, auch dazu kommen könne.⁸² Die Inhaftierung bis zur Registrierung des Asylantrags kann im Rahmen der bulgarischen Gesetzgebung für bis zu 30 Tage angeordnet werden und nach Angaben von Terre des Hommes wurden im Jahr 2022 von über 16.000 Personen insgesamt etwa 1500 Kinder und Jugendliche in diesem Rahmen inhaftiert, unter denen das bulgarische Helsinki Komitee 870 unbegleitete Minderjährige ausmachte.⁸³ Schon seit Ende 2018 konnten Migrant*innen nach bulgarischem Recht bis zu 30 Tage in sogenannten „Kurzzeitgewahrsam“ genommen werden, um Sicherheitskontrollen, Profiling und Identifizierung durchzuführen, bis schließlich im Sommer 2022 auch Haftanordnungen mit einer Dauer von sechs Monaten - ohne vorherige Prüfung der persönlichen Umstände oder des eingereichten Asylantrags eingeführt wurden, was der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bereits als Verstoß gegen Artikel 5 Absatz 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verurteilte.⁸⁴ Die menschenrechtswidrige Verlängerung des sogenannten Kurzzeitgewahrsams erfolgte nach Angaben der Asylum Information Database (AID) und des European Council on Refugees and Exiles (ecre) „um den EU-Institutionen zu beweisen, dass Bulgarien bereit ist, dem Schengen-Raum beizutreten.“⁸⁵

4. Der Diskurs um Migration in Bulgarien

4.1 Der bulgarisch-rumänische Schengenbeitritt

Am 27. Dezember 2023 verkündete die rumänische Regierung, dass Bulgarien und Rumänien ab März 2024 dem Schengenraum zur See und in der Luft, aber noch nicht mit den Landesgrenzen beitreten würden.⁸⁶ In einer Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 30.12.23 heißt es dazu, dass der partielle bulgarisch-rumänische Schengenraumbeitritt den „Reiseverkehr, Handel und Tourismus ankurbeln und den Binnenmarkt weiter konsolidieren“ werde und die EU „sowohl intern als auch auf der Weltbühne“ stärken werde, weswegen die Kommission die richtungsweisende Entscheidung des Rates begrüße.⁸⁷ Ursula von der Leyen sprach in Bezug auf den Beitritt von einem historischen Moment und einem „Tag von großem Stolz“ für Rumänien und Bulgarien, der einen großen Schritt nach vorne und eine großartige Leistung darstelle, die dank der harten Arbeit, des Engagements und der Beharrlichkeit der beiden Beitrittsländer ermöglicht worden sei.⁸⁸ In der Pressemitteilung wird erklärt, dass Bulgarien und Rumänien gezeigt hätten, dass sie für den Beitritt bereit seien, was von drei Untersuchungsmissionen 2022-2023 an den bulgarischen Außengrenzen bestätigt worden sei.⁸⁹ Bei einer näheren Betrachtung des Berichts der letzten Untersuchungsmission wird deutlich, dass diese sich in Bulgarien neben vereinzelten Treffen mit Menschenrechtsorganisationen wie dem United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) und dem Bulgarian Helsinki Committee (BHC), die seit Jahren auf die katastrophale Menschenrechtslage an den bulgarischen Grenzen hinweisen, fast ausschließlich mit Grenzschrützer*innen traf. Die besuchten Orte zur Überprüfung der Beitrittsauglichkeit Bulgariens an der türkisch-bulgarischen Grenze waren somit beispielsweise namentlich: die Regionaldirektion der Elhovo Grenzpolizei, die Grenzpolizeistation Svilengrad, die Grenzübergangsstelle Kapitan Andreevo, das Trilaterale Zentrum für Polizei- und Zollzusammenarbeit mit der Türkei und Griechenland, die Regionaldirektion Haskovo des Innenministeriums und die Polizeistation in Svilengrad.⁹⁰ In Anbetracht der Treffen mit Repräsentant*innen des UNHCR und des BHC kann davon ausgegangen werden, dass die 13-köpfige multinationale Untersuchungsmission in voller Kenntnis der illegalen Menschenrechtsverletzungen an den bulgarischen Außengrenzen zu dem Schluss kam, dass Bulgarien „ein hohes Maß an Engagement für wirksames und nachhaltiges Migrationsmanagement“ an den Tag lege.⁹¹ Im direkten Zusammenhang zu der Feststellung der Beitrittsbereitschaft wird auch Bezug auf das sogenannte Pilotprojekt genommen, das den Schutz der Außengrenzen verbessert habe und künftig schnelle Asyl- und Rückführungsverfahren ermöglichen werde. Auch im Hinblick auf nächste Schritte im Beitrittsprozess findet das sogenannte Pilotprojekt prominente Erwähnung. So heißt es in der Pressemitteilung zu nächsten Schritten: „Um Bulgarien und Rumänien beim Schutz der Außengrenzen der Union zu unterstützen, werden weiterhin umfang-

reiche finanzielle Unterstützung und die Unterstützung durch Frontex fortgesetzt werden. Zugleich haben sich die Pilotprojekte, die von Bulgarien und Rumänien an den Außengrenzen entwickelt wurden, als wirksam erwiesen und sollten in strukturellere Vereinbarungen umgewandelt werden.“⁹²

Der Diskurs um den bulgarisch-rumänischen Schengenbeitritt war und ist mit dem Diskurs um Migration und Abschottung in Bulgarien untrennbar verbunden. So legten Quellen in Sofia gegenüber Euractiv schon im September 2023 nahe, dass die bulgarische Regierung in Bezug auf die Blockade des bulgarischen Schengen-Beitritts durch Österreich und die Niederlande versuchen werde, die EU-Mitgliedsstaaten durch die verstärkte Bekämpfung von sogenannter illegaler Migration zu überzeugen.⁹³ So antwortete etwa der bulgarische Außenminister gegenüber Euractiv auf die Frage, welche diplomatischen Schritte Bulgarien einzuleiten gedenke, um das österreichische Veto zu überwinden, dass die bilaterale Zusammenarbeit mit Österreich auf den gemeinsamen Schlussfolgerungen aus dem Aktionsplan zur Bekämpfung sogenannter illegaler Migration basiere, dessen Durchführung auch für die europäische Kommission und andere EU Behörden große Wichtigkeit habe.⁹⁴ Wenn Grenzkontrollen zwischen Bulgarien, Griechenland und Rumänien abgeschafft würden, so die bulgarischen Behörden nach Angaben von Euractiv, könnten außerdem „die Bemühungen auf die Kontrolle der EU-Außengrenze zur Türkei konzentriert werden.“⁹⁵ Gegen Ende Oktober 2023 berichtete das gleiche Medium unter dem Titel: „Positives Engagement mit Österreich für Schengen funktioniert“, dass der bulgarische Premierminister Nikolay Denkov mittlerweile davon ausgehe, dass es im Dezember keine Vetos mehr gegen den bulgarischen Schengen-Beitritt geben werde.⁹⁶ Erneut betonte der bulgarische Premierminister, dass Bulgarien in den kommenden Monaten aufzeigen werde, dass Bulgarien und Rumänien die EU-Grenzen besser als Teil des Schengen-Raums schützen könnten und argumentierte, dass der bulgarische Schengen-Beitritt den Transport von Waren, vor allem Lebensmitteln, für die mitteleuropäischen und einige osteuropäische Länder enorm beschleunigen würde, wodurch geringere Transportkosten und eine niedrigere Inflation erreicht werden könnten.⁹⁷ „Wenn einige, wenn nicht alle bulgarischen Beamten (Polizei und Militär), die die Grenzen zu Rumänien und Griechenland bewachen, an die bulgarisch-türkische und bulgarisch-serbische Grenze versetzt werden, werden wir die Außengrenzen der EU viel besser schützen,“ so Denkov im Oktober 2023.⁹⁸ Nach Angaben des bulgarischen Premierministers begründete der österreichische Kanzler Karl Nehammer seine Skepsis bezüglich des rumänisch-bulgarischen Schengenbeitritts mit der Besorgnis über Migrant*innen als „terroristische Bedrohung“, woraufhin Denkov erwiderte, dass sich die EU am besten vor der „terroristischen Bedrohung“ schützen könne, wenn die Außengrenzen geschlossen werden und Rumänien und Bulgarien durch ihren Schengen-Beitritt vollen Zugang zu der Datenbank der wegen Terrorismus gesuchten Personen habe.⁹⁹ Ein Bericht von Terre des Hommes mit dem Titel „Pushbacks in Zeiten der Schen-

gen-Beitrittskandidatur¹⁰⁰ legte schon im November 2023 nah, dass die rechtswidrige Abschottungspolitik der bulgarischen Behörden damit zusammenhänge, „dass die EU den effektiven Schutz der Außengrenzen zur Schlüsselpriorität erklärt und somit implizit zur Bedingung für den Schengen-Beitritt des Landes macht.“¹⁰¹ Vor diesem Hintergrund sei es nicht überraschend, „dass bulgarische Grenzschutzbeamt*innen kaum mit Sanktionen rechnen müssen, wenn sie Pushbacks durchführen.“¹⁰² Aus dem Bericht von Terre des Hommes geht außerdem hervor, dass sich die Anzahl der illegalen Push-backs 2022 im Vergleich zum Vorjahr verdoppelte- ein Zeitraum, den die EU-Untersuchungsmission zum bulgarischen Schengenbeitritt als Zeitraum bezeichnet, in dem „wichtige Fortschritte im Schengen-Beitrittsprozess dieser beiden Mitgliedstaaten erzielt wurden.“¹⁰³ Im Dezember 2023 war in dem entmenslichenden Diskurs um den bulgarischen Schengen-Beitritt wortwörtlich die Rede davon, dass Bulgarien das „Migrant*innen für Schengen“-Angebot Österreichs abgelehnt habe.¹⁰⁴ Dem vorausgegangen war das Angebot Österreichs, sein Veto teilweise aufzuheben, wenn Bulgarien mehr „irreguläre Migrant*innen“ aufnehmen

würde.¹⁰⁵ Wenige Tage später, am 15. Dezember, wurde bekannt, dass das Veto der Niederlande zum bulgarischen Schengen-Beitritt aufgehoben wurde, da Bulgarien „die Bedingungen für den Beitritt zum passfreien Schengen-Raum erfüllt [habe], indem es seine Grenzen gestärkt und seine Bemühungen zur Bekämpfung der illegalen Migration verstärkt hat.“¹⁰⁶ Der stellvertretende niederländische Justizminister Eric van der Burg betonte jedoch, dass Bulgarien weiter an der Stärkung seiner Grenzen arbeiten müsse.¹⁰⁷ Auch die Beschwerde von zwei rumänischen Abgeordneten des europäischen Parlaments am Tag der Einigung auf das sogenannte gemeinsame europäische Asylsystem (GEAS) am 21. Dezember 2023, die argumentierten, dass Österreich nun keinen Grund mehr habe sich gegen den Beitritt ihres Landes zum Schengen-Raum zu stellen, verdeutlicht den direkten diskursiven Zusammenhang zwischen Asylrechtsverschärfung, Aufrüstung der europäischen Außengrenzen und Beitrittsverhandlungen, sowie ökonomischen Interessen im Kontext des Schengen-Beitritts.¹⁰⁸ Die abschließenden Worte der Kommissionspräsidentin zum bulgarisch-rumänischen Schengenbeitritt bringen in ihrer Doppeldeutigkeit die Ambivalenz des



Brüstet sich gerne mit der verringerten Anzahl sogenannter illegaler Einreisen: Der bulgarische Innenminister Kalin Stoyanov. Quelle: Government.bg, CC BY 4.0, via Wikimedia Commons

durch Abschottung und Grenzgewalt erkaufen bulgarisch-rumänischen Schengen-Beitritts treffend auf den Punkt: „Dank Ihnen [Rumänien und Bulgarien] wird der Schengen-Raum zum Nutzen aller EU-Bürger noch stärker werden“ - während die Rechte von nicht-EU- Bürger*innen an den europäischen Außengrenzen noch stärker verletzt und eingeschränkt werden.¹⁰⁹ Über den vollständigen Schengen-Beitritt mit den Landesgrenzen soll 2024 weiter verhandelt werden.

4.2 Der politische Diskurs um Migration in der bulgarischen Zivilbevölkerung

Wie Euractiv im März 2024 berichtete, ging der partielle bulgarische Schengenbeitritt medial mit einer verstärkten Hetze gegen Migrant*innen und Geflüchtete einher, wodurch sich die schon zuvor rassistisch aufgeheizte Stimmung weiter verschärfte. Nachdem vor allem Österreich als Bedingung für das aufgehobene Veto darauf beharrte, dass Bulgarien künftig mehr Migrant*innen im Rahmen der sogenannten Dublin-Regelung aufnehmen solle und etwa 24 Geflüchtete aus Deutschland nach Bulgarien abgeschoben wurden, kam es nicht nur zu Diffamierungen sondern auch zur öffentlichen Verbreitung von Fehlinformationen.¹¹⁰ So wurden die nach Bulgarien abgeschobenen Personen, teilweise Kinder unter 6 Jahren, von denen 18 aus Syrien stammten und keine einzige wegen schwerer Straftaten in Deutschland verurteilt worden war, unter anderem von der Politikerin Kornelia Ninova als Verbrecher*innen dargestellt, die aus Bulgarien eine „Strafkolonie für Kriminelle, Mörder, Vergewaltiger und Geldwäscher“ machen würden.¹¹¹ Schon im Januar sagte der Vorsitzende der rechtspopulistischen Partei „Vazrashdane“ in Bulgarien, dass er befürchte, dass Bulgarien zu dem „größten Flüchtlingslager der Welt“ werden könnte.¹¹² Andere rechtspopulistische bulgarische Politiker*innen verbreiteten in den Sozialen Medien Videos unter dem Titel „Migranten verprügeln junge Bulgaren“, die nach Angaben der Polizei jedoch Kämpfe rivalisierender bulgarischer Gruppen zeigten.¹¹³ Die Regierung beschuldigte daraufhin verschiedene politische Akteur*innen „durch die Verbreitung falscher Informationen zu Hass und Unsicherheit aufzustacheln“.¹¹⁴ Nach einer Reihe rassistischer Übergriffe im März 2024 wurden die Sicherheitsvorkehrungen in Geflüchtetenunterkünften in Bulgarien verschärft. Aktivist*innen der No Name Kitchen berichteten im Interview, dass es aufgrund rassistischer Proteste gegen Geflüchtetenunterkünfte in manchen Einrichtungen schon ab 17 Uhr Ausgangssperren gebe und dass Geflüchtete trotz katastrophaler Zustände und Mangelernährung teilweise aus Furcht vor rassistischen Übergriffen Angst hätten, die Lager zu verlassen. Wie aufgeheizt und teilweise hemmungslos rassistisch die Stimmung in Bulgarien gegenüber nicht-europäischen Migrant*innen mittlerweile ist, verdeutlichen besonders eine Reihe von Vorfällen über die The Sofia Globe zuletzt am Sonntag (3.März) berichtete. So „verhafteten“ die Bewohner*innen des bulgarischen Bergdorfes Hodope in Hrabrino eigenmächtig eine Gruppe von nicht-Europäer*innen, die sie aus dem Wald kommen und in das Dorf gehen sahen und die ihr Misstrauen erweckten,

„weil die Männer kein Bulgarisch sprachen und bärtig waren.“¹¹⁵ Beim Eintreffen der Polizei stellten die Beamten nach Angaben von The Sofia Globe fest, dass es sich bei den Männern um ausländische Medizinstudenten der Medizinischen Universität Plovdiv handelte, die in den Wäldern gewandert waren und anschließend wieder freigelassen wurden. Zu einer Anzeige wegen unrechtmäßiger Festnahme kam es jedoch nicht. Das rassistische und übergriffige Verhalten der Dorfbewohner*innen von Hodope verwundert vor dem Hintergrund einer langwierigen medialen Kampagne des bulgarischen Innenministeriums in Zusammenarbeit mit der britischen Botschaft in Bulgarien mit dem offiziellen Ziel über die „Gefahren der illegalen Migration“ aufzuklären und LKW-Fahrer*innen und die Zivilbevölkerung zu ermutigen, verdächtiges Verhalten zu melden, nur wenig.¹¹⁶ Schon am 6. März und am 8. März war es in der bulgarischen Hauptstadt Sofia zu Übergriffen von Bulgar*innen auf „Ausländer arabischer Herkunft“ und zu Übergriffen auf eine Gruppe britischer Studenten pakistanischer Abstammung gekommen.¹¹⁷ Auch in einer Geflüchtetenunterkunft mit dem Namen Ovcha Kupel kam es zu Zusammenstößen, woraufhin ein Stadtrat in Sofia, Georgi Georgiev, verstärkte Patrouillen der Stadtpolizei in Risikogebieten und im Stadtzentrum forderte und von Vorfällen sprach, die „unvorhersehbare Vergeltungsreaktionen auslösen können“ und „dringende und angemessene Maßnahmen“ erfordern um „neue Vorfälle und die Möglichkeit zu verhindern, dass extreme pseudonationalistische Gruppen beschließen, auf den Straßen von Sofia Recht zu sprechen.“¹¹⁸

5. Profiteure?

Wenngleich es nicht leicht herauszufinden ist, welchen Unternehmen die auf 600 Millionen Euro veranschlagte EU-Investition direkt zugutekommen werden, gibt es doch vereinzelt Hinweise auf Unternehmen und politische Akteur*innen, die verstärkt von der Aufrüstung der türkisch-bulgarischen Grenze profitieren. Ein relativ unbekanntes Unternehmen in der Nähe von Stuttgart, dem in der Vergangenheit nachweislich Gelder zur Aufrüstung der bulgarischen Marine zukamen, ist die In-Innovative navigation gmbh. Auf einer politischen Ebene intensivierte sich, wie im Folgenden aufgezeigt werden soll, im Herbst 2023 auch die Zusammenarbeit Bulgariens mit Großbritannien, dessen Premierminister Rishi Sunak sich erhofft, die zu etwa 90% in der Türkei hergestellten Schlauchboote¹¹⁹, mit denen Migrant*innen versuchen den Ärmelkanal zu überqueren und die er zu bekämpfen mehrfach prominent versprochen hat, schon an der türkisch-bulgarischen Grenze abzufangen. In einem Bericht der International Trade Administration wird außerdem eine enge Zusammenarbeit der bulgarischen Grenzpolizei mit dem US-Ministerium für Heimatschutz, Zoll und Grenzschutz angedeutet „um die Grenzkontrollen zu optimieren und in Zusammenarbeit mit Interpol, dem FBI und den bulgarischen Behörden Informationen auf hohem Niveau bereitzustellen.“¹²⁰ Nach Angaben der International Trade Administration wird Bulgarien von der EU im Zeitraum von 2021-2027 voraus-

sichtlich fast 34,6 Mrd. USD für verschiedene Programme erhalten, wovon 100 Millionen Dollar allein für die Instandhaltung und den Ausbau des Zauns an der türkisch-bulgarischen Grenze veranschlagt sind.¹²¹ Es wird erwartet, „dass der Umsatz des bulgarischen Sicherheitsmarktes jährlich um 17 Prozent wächst und im Jahr 2026 20,7 Millionen USD erreicht“, wobei die drei größten Ausgaben 44 % für Ersthelfer, 32,5 % für Sicherheitsinfrastruktur und 13,3 % für Grenzschutz seien.¹²² Im Jahr 2030 soll der bulgarische Sicherheitsmarkt voraussichtlich 1,61 Milliarden USD erreichen.¹²³ An anderer Stelle wird angegeben, dass Gelder zum Ausbau der türkisch-bulgarischen Grenze in der Vergangenheit den regionalen Verwaltungen in Burgas, Haskovo und Jambol direkt bereitgestellt wurden.¹²⁴

5.1 Polizeihunde aus Großbritannien

Wie die bereits thematisierte Zusammenarbeit des bulgarischen Innenministeriums mit der britischen Botschaft im Rahmen der medialen Kampagne zu den Gefahren sogenannter illegaler Migration erahnen ließ, gibt es zwischen dem Vereinigten Königreich, dessen Premierminister sich dem Kampf gegen Migrant*innen in kleinen Booten verschrieben hat, und dem bulgarischen Innenministerium seit Ende des vergangenen Jahres eine verstärkte Zusammenarbeit im Hinblick auf die Bekämpfung sogenannter illegaler Migration. So hieß es beispielsweise in einem Artikel von Oktober 2023, dass Großbritannien im Rahmen bilateraler Initiativen verstärkt mit Belgien, Bulgarien und Serbien gegen „organisiertes Verbrechen im Kontext illegaler Migration“ zusammenarbeiten werde.¹²⁵ Während der Austausch mit Belgien sich vor allem auf den Einsatz einer „neuen, fortschrittlichen Detektionstechnologie“ stütze und im Bezug auf Serbien vor allem „die Zusammenarbeit bei der Verfolgung und Zerschlagung krimineller Netzwerke, der Austausch von Erkenntnissen und die operative Zusammenarbeit bei der Grenzverwaltung“ angedacht sei, solle die Initiative in Bezug auf Bulgarien vor allem den „Austausch von Informationen und praktische Unterstützung“ beinhalten, so das Büro von Rishi Sunak.¹²⁶ Wie im Folgenden aufgezeigt werden soll, gibt es Hinweise darauf, dass die „praktische Unterstützung“ Großbritanniens an Bulgarien unter anderem die Lieferung von sogenannten Diensthunden beinhaltet - was vor dem Hintergrund der unzähligen Berichte vom Einsatz bissiger Hunde durch die bulgarische Grenzpolizei durchaus erschreckend ist. Im November 2023 unterzeichneten der britische „Staatsminister für Einwanderung“, Robert Jenrick und der bulgarische Innenminister bei einem Besuch des Grenzkontrollpunkts „Kapitan Andreevo“ eine gemeinsame Erklärung¹²⁷ zur verstärkten Kooperation gegen „organisiertes Verbrechen im Kontext illegaler Migration“.¹²⁸ Die rechtlich nicht bindende gemeinsame Erklärung begründete eine „Arbeitsgruppe mit Ko-Vorsitzenden aus Bulgarien und dem Vereinigten Königreich“, die im 3-Monatstakt tagen und „Wege zur Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen finden und die durchgeführten Aktivitäten bewerten soll.“¹²⁹ Bul-

garien wurde von Robert Jenrick bei dieser Gelegenheit als „sehr starker Verbündeter in diesem Kampf“ bezeichnet und er verwies nach Angaben des bulgarischen Innenministers darauf, dass er sich darauf freue, die „erfolgreiche Zusammenarbeit weiter auszubauen und zu vertiefen.“¹³⁰ Auch der bulgarische Innenminister, Kalin Stoyanov, betonte, dass Bulgarien von Großbritannien „ernsthafte und extrem aktive Unterstützung“ erhalte.¹³¹ Des Weiteren beteuerte er, dass Bulgarien „erhebliche Fortschritte bei der Durchfuhr von Fracht, den Kontrollverfahren und der Beschlagnahme von illegal transportierten Booten, Motoren und deren Zubehör, die nicht den europäischen Normen entsprechen“ gemacht habe und durch eine Verstärkung der Grenze zur Türkei seine „Pflichten perfekt erfülle“. Dies beweise „die laufenden Bemühungen unseres Landes zur Bekämpfung der illegalen Migration“, so Stoyanov.¹³² Die verstärkte Kooperation umfasst nach Angaben des Innenministeriums vor allem „eine engere Zusammenarbeit auf operativer Ebene, eine Verstärkung des Informationsaustauschs zwischen den Strafverfolgungsbehörden durch Europol, Eurojust, Interpol, die Verbindungsbeamten der beiden Länder sowie den Austausch von Beamten aus den Bereichen Sicherheit, Strafverfolgung, Grenzmanagement und Migration.“¹³³ Der britische Minister Jenrick konkretisierte bei seinem Besuch die vielfältigen Formen der Unterstützung, die das Vereinigte Königreich leiste: Diese äußere sich vor allem in der Bereitstellung von Diensthunden und von technischen Mitteln, „um die Zusammenarbeit zu vertiefen.“¹³⁴ Der Besuch des Ministers an der türkisch-bulgarischen Grenze umfasste nach Angaben von Bulgarian News Agency auch „Vorfürhungen der Arbeit der Diensthunde am Kontrollpunkt [Kapitan Andreewo], Gasanalysesensoren für versteckte Migranten und die Inspektion einiger beschlagnahmter Boote.“¹³⁵ Diensthunde werden nach Angaben der British Transport Police in Großbritannien beispielsweise in der Metropolitan Police Training School in Kent trainiert.¹³⁶ Nach Angaben von The Telegraph gelang es Hundetrainer*innen der National Crime Agency (NCA) vor kurzem, Hunde auf den Geruch von häufig in Lastwagen versteckten Schlauchbooten zu trainieren.¹³⁷ Dies gilt als Premiere für eine solche Nutzung von Hunden und wurde von Chemiker*innen der NCA ermöglicht, die die Inhaltsstoffe günstiger Schlauchboote analysierten und daraus einen Geruch, den sie „Eau de small boats“ nannten, destillierten, auf den die Hunde abgerichtet wurden.¹³⁸ „Normalerweise sind es im Vereinigten Königreich Schusswaffen, Drogen und Sprengstoffe, aber wir haben es geschafft, den Geruch von Gummibooten zu finden. Er wurde in Flaschen abgefüllt und kann definitiv reproduziert werden“, so der Direktor der NCA, Chris Farrimond, nach Angaben von The Telegraph.¹³⁹ In der Türkei werden nach Angaben von The Telegraph besonders viele Schlauchboote hergestellt, die von Migrant*innen für die Überfahrt nach Großbritannien verwendet werden. Neben den Hunden soll das Vereinigte Königreich Bulgarien auch „Scannern, die das Innere von Lastwagen von außen durchsuchen können, und Gasanalysegeräte, die Kohlendioxid aus dem Atem der Migranten

Jacqueline Andres

EU-Grenzregime

Profiteure von Entmenschlichung und
mythologisierten Technologien

herausgegeben von Özlem Alev Demirel MdEP



Zum Thema ist zB ebenfalls die Broschüre „EU-Grenzregime: Profiteure der Entmenschlichung und mythologisierter Technologien“ erschienen. Sie kann gratis heruntergeladen oder unter imi@imi-online.de in Print bestellt werden.

aufspüren, wenn diese in den Fahrzeugen versteckt sind“ bereitgestellt haben.¹⁴⁰ Bulgarien ermögliche dies derzeit, „Boote aufzuspüren und zu beschlagnahmen, die Migranten über den Ärmelkanal von Frankreich nach Großbritannien bringen“, so der bulgarische Innenminister.¹⁴¹ In einem Artikel von Februar 2024 von The Telegraph heißt es, dass von Großbritannien auf der Grundlage eines neuen Abkommens „3 Millionen britische Pfund für ein neues Zentrum, das von der türkischen Polizei eingerichtet wurde, um gemeinsame Operationen zu koordinieren, um den Nachschub an Booten zu unterbinden und Informationen auszutauschen“ und 1,2 Mio. GBP für „Grenzüberwachungsdrohnen, Schulungen für die Fahrzeugsuche, Ausbildungsausrüstung für Suchhunde und Wärmebildgeräte“ in Bulgarien beschlossen wurden.¹⁴² Der britische Premierminister, der schon in seiner ersten großen Rede 2023 zweimal versprach, „die Boote zu stoppen“¹⁴³ und das Aufhalten der „kleinen Boote“ etwa im März 2023 als „Priorität für die britische Bevölkerung“ bezeichnete¹⁴⁴, kann vor diesem Hintergrund eindeutig als politischer Profiteur der Aufrüstung der türkisch-bulgarischen Grenze bezeichnet werden.

5.2 Kornwestheim: In-Innovative navigation gmbh

Ein relativ unbekanntes Unternehmen, das nachweislich seit 2010 von den EU-Investitionen in die Überwachung und Aufrüstung der türkisch-bulgarischen Grenze profitiert ist die in-innovative navigation GmbH in der Leibnizstr. 11 in D-70806 Kornwestheim, die stark in den bulgarischen Küstenschutz eingebunden ist. Das Unternehmen ist nicht nur in Bulgarien vor Ort, sondern beispielsweise auch in Kroatien¹⁴⁵, Marokko, Ägypten, Algerien, Brasilien, Ungarn und Rumänien und ist dort nach eigenen Angaben beispielsweise in die Hafenerüberwachung mit Radar und AIS, die Schleusenüberwachung oder die Überwachung von Ölterminals eingebunden und stellt unter anderem River Information Services (RIS) für den Nil inklusive Schiffs- und Landinfrastruktur, einen Seeradar für die Algerische Marine [mit spezieller Erweiterung von Multi-Radar-Anzeige und Multi-Radar-Assoziation und die Multi-Sensorielle Verarbeitung von Luft- und Seezielen für Überwachungs- und Grenzsichtaufgaben] bereit.¹⁴⁶ Unter „Kernkompetenzen“ werden auf der Homepage des Unternehmens Radar/AIS/GNSS, CCTV /IR, Satellitenkommunikation, ECDIS / DATA Service, Multi Sensor Tracking, Simulation, Object Management & Distribution, Database Technology / Data Mining, RIS Technologie, UKW-Kommunikation, Webanwendungen und Navigation aufgelistet.¹⁴⁷ In Bulgarien ist das Unternehmen, wie aus einer Pressemitteilung mit dem Titel: „Know-How aus Kornwestheim hilft Bulgarien die EU-Außengrenze zu sichern“ hervorgeht, schon seit 2010 vor Ort und war maßgeblich an der Implementierung von Soft- und Hardware-Modulen zur Modernisierung des bulgarischen Küstenschutzsystems am Schwarzen Meer beteiligt.¹⁴⁸ Den Auftrag zur Modernisierung des bulgarischen VTS

(Vessel Traffic Surveillance)-Systems erhielt die in-innovative navigation GmbH nach eigenen Angaben von der Firma Atlas Maritime Security GmbH aus Unterschleißheim. Auf der Homepage des Unternehmens gibt die in-innovative navigation GmbH an, mittlerweile durch die „zuverlässige Erfassung des gesamten Schiffsverkehrs“ in Bulgarien die Sicherheitsanforderungen im Kontext des Schengen-Beitritts für Bulgarien zu erfüllen: „in-innovative navigation lieferte die komplette Sensorverarbeitung für 12 Radarstandorte und AIS, die multisensorielle Zusammenführung und Darstellung in 2 Zentralen sowie einem nationalen Zentrum, zusätzlich erfolgt die Integration von Videokameras. Mitwirkung bei Installation der Komponenten, Inbetriebnahme, Abnahmen und Training der Operatoren vor Ort.“¹⁴⁹ Dr. Reinhard Zimmermann, der Geschäftsführer von in-innovative navigation GmbH und der Projektleiter von Coastal Surveillance Services Bulgaria, die aus 12 Außenstationen „mit einem Chernomore-Radar, einer AIS-Basisstation und einem lokalen Arbeitsplatz“ sowie 12 Polizeibooten und zwei mobilen Radarstationen auf LKWs mit Sensoren besteht, wird in der besagten Pressemitteilung wie folgt zitiert: „Dieses System ist das modernste und eines der leistungsfähigsten Systeme zur Seeraumüberwachung in Europa. Es setzt Maßstäbe im Hinblick auf die Systemarchitektur, da diese höchste Verfügbarkeit, Ausfallsicherheit und Redundanz über sämtliche Systemkomponenten garantieren kann.“¹⁵⁰ In einem Artikel von Februar 2021 über die Vergabe von EU-Geldern für die Überwachung durch unbemannte Systeme wie Drohnen und ferngesteuerte Patrouillenboote taucht „eine deutsche Firma in Kornwestheim“ erstaunlicherweise in einem anderen Element auf: So heißt es darin, dass Frontex ein 482.000 Euro schweres Pilotprojekt mit einem „unbemannten Zeppelin [Aerostat], der zur Steuerung und Energieversorgung an einem 1.000 Meter langen Kabel befestigt ist“ verlängere, wobei die Hauptauftragnehmerin der 3,01 Millionen Euro schweren Neuaufgabe wieder „eine deutsche Firma in Kornwestheim“ sei.¹⁵¹ Dass es sich bei dem Unternehmen, das von Frontex die 482.000 € (genau genommen 481 600,00 EUR) für das Pilotprojekt und dem Artikel nach auch die Gelder für die Neuaufgabe erhielt tatsächlich um die in-innovative navigation GmbH handelt, geht aus einer Rechnung aus einer Beilage zum Amtsblatt der EU hervor.¹⁵² Wenngleich das Logo des Unternehmens schon 2019 prominent neben einem Aerostat zur Überwachung Geflüchteter auf einem Bild der griechischen Küstenwache zu sehen war, findet sich auf der Internetseite der IN-Innovation navigation GmbH, die ihre sonstigen Projekte sehr detailliert auf einer Karte präsentiert, nichts zur Zusammenarbeit mit Frontex und zum Einsatz von Aerostaten.¹⁵³ Frontex setzte „Luftschiffe mit Radar, Wärmebildkamera und einem automatischen Identifikationssystem (AIS) für Bewegungen größerer Schiffe“ von dem französischen Hersteller A-NSE schon 2019 in der Ägäis vor der Insel Samos ein, um „irreguläre Grenzübertreter über die an ihrer engsten Stelle nur zwei Kilometer breite Straße von Mycale“ zu überwachen.¹⁵⁴ Auf den als erfolgreich bezeichneten 28-tägigen Test mit

24h Überwachung vor der Insel Samos in Kooperation mit der griechischen Küstenwache folgte 2021 ein weiterer Test¹⁵⁵ um „die Kapazität und Kosteneffizienz von Aero- stat-Plattformen für die Meeresüberwachung zu prüfen sowie die verwendete Ausrüstung auf der Grundlage der Erkenntnisse aus dem vergangenen Jahr zu optimieren.“¹⁵⁶ Bei diesem Test „patrouillierten die Aerostaten rund um die Uhr in der Umgebung von Alexandroupoli und auf der Insel Limnos, in verschiedenen Höhen und bei unterschiedlichen Wetterbedingungen.“¹⁵⁷ In der European Defence Review ist davon die Rede, dass die je 450 m³ großen und mit einem Hensoldt ARGOS II HD EO/IR optronic gimbal, einem Diades Marine Seeradar und einem AIS-Empfänger ausgestatteten 2 Aerostaten Frontex für den Test von CNIM Air Space in Kooperation mit IN-Innovation zur Verfügung gestellt wurden.¹⁵⁸ Bei der Auswertung der gesammelten Daten unterstützte Frontex zu dieser Zeit unter anderem die portugiesische Nationalgarde. Auch die deutsche Firma Elettronica¹⁵⁹ soll durch ein mobiles Lagezentrum an der Übertragung und Auswertung derartiger Daten beteiligt gewesen sein.¹⁶⁰ Wenngleich zum jetzigen Zeitpunkt nicht eindeutig nachgewiesen werden kann, dass neben der Einbindung der In-Innovation navigation gmbh in die bulgarische Küstenwache auch die Aerostat- Technologie an der türkisch-bulgarischen Grenze eingesetzt wird, scheint es vor dem Hintergrund des als erfolgreich geltenden Einsatzes der Aerostat-Technologie an der griechisch-türkischen Grenze und des „deutlichen Zuwachs des Interesses am Einsatz von Aerostaten als Lösung für Langzeitbeobachtung und Grenzüberwachung“¹⁶¹ sowie vor dem Hintergrund der allgemeinen Aufrüstung der türkisch-bulgarischen Grenze und der neuen Gelder für unbemannte Grenzüberwachungssysteme durchaus möglich, dass Aerostaten auch zur Überwachung der türkisch-bulgarischen Grenze eingesetzt werden könnten.

6. Fazit

„Offene Grenzen im Inneren kann es nur geben mit einem starken Schutz der EU-Außengrenzen“, so die deutsche Innenministerin bei ihrem Bulgarien-Besuch im April.¹⁶² Ihre Position fasst knapp zusammen, was im Rahmen der Debatte um den rumänisch-bulgarischen Schengenbeitritt immer wieder aufkam. Trotz nachweislicher massiver, seit 10 Jahren vielfach dokumentierter und mehrfach vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilter Gewalt gegen migrierende Menschen an der türkisch-bulgarischen Grenze plädiert die Europäische Union für mehr Härte und hat ein Klima der Straflosigkeit geschaffen, in dem die verringerte Anzahl „illegaler Grenzübertritte“ mehr wiegt als Menschenrechte, Menschenwürde oder Menschenleben. Es ist extrem makaber und tendenziös, aber auch symptomatisch für den Zeitgeist und das fehlende Bewusstsein über die Lage an der türkisch-bulgarischen Grenze, dass die Tagesschau in ihrer Berichterstattung im April 2024 den Vorwurf, dass Menschenrechtsorganisationen bulgarische Grenzer beschuldigen „Geflüchtete teils illegal zurückzuweisen und durchaus robust mit ihnen umzugehen“ auf diese Art und Weise,

ohne für Empörung zu sorgen, formulieren konnte. Auf den am Rande erwähnten Vorwurf der Menschenrechtsorganisationen folgte in der Berichterstattung sofort die Beteuerung des bulgarischen Innenministers, es handle sich bei solchen Fällen nur um streng geahndete Einzelfälle.¹⁶³ Ein Blick auf die Realitäten, die sich hinter den schaurigen Euphemismen des sogenannten Pilotprojekts verbergen, zeigt, dass dieses den Rahmen geliefert hat, in dem Bulgarien und Rumänien der EU beweisen konnten, dass sie durch eine unfassbar brutale und rechtswidrige, aber scheinbar effektiv Einreisen verringernde Grenzpolitik den Beitritt zum Schengen-Raum verdient haben. Die Investitionen in die türkisch-bulgarische Grenze verdeutlichen, dass dieser als „Schlüsselgrenze“ besondere Bedeutung zukommt. In Anbetracht der vorliegenden Pläne ist von massiv verstärkten Überwachungsmaßnahmen und einer massiven Modernisierung und Aufrüstung an Personal und Technik auszugehen, die voraussichtlich dazu führen werden, dass Geflüchtete und Migrant*innen immer gefährlichere Routen wählen müssen, um der Grenzpolizei zu entgehen und so noch mehr Menschen als bisher an Erschöpfung, Kälte und Dehydration sterben werden. Auch die Einrichtung automatisierter Systeme zur Grenzkontrolle und die gemeinsame Nutzung von Datenbanken wird, wie im Rahmen des Pilotprojekts von Frontex vorbereitet, voraussichtlich intensiviert werden. Das Beispiel der beschleunigten Verfahren in Pastrogor zeigt, dass diese voraussichtlich zu mehr Diskriminierung und Grundrechtsverletzungen führen werden. Es ist wahrscheinlich, dass in Bulgarien die Neuerungen im Rahmen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems schneller umgesetzt werden, als in den veranschlagten zwei Jahren, wie Innenministerin Faeser betonte.¹⁶⁴ Auch wenn die Gewalt an der türkisch-bulgarischen Grenze nicht neu ist, sondern seit 2010 eine sukzessive Aufrüstung mit Höhepunkten beim Bau des Grenzzauns 2013-2018 und der Entsendung von 400-700 zusätzlichen Grenzsoldat*innen nach der Machtergreifung der Taliban 2021 beobachtet werden kann, ist durch die Entsendung der etwa 600 neuen Frontex- Beamt*innen und der zusätzlichen Überwachungstechnologien mit einer neuen Dimension von Gewalt zu rechnen. Die Aufrüstung vor Ort ist auch für Aktivist*innen spürbar, die von verstärkter Repression, der Eröffnung neuer Gendarmerie-Stützpunkte und von polizeilichen Unterbrechungen der Verteilung von Hilfsgütern an Geflüchtete berichten. Es ist auffällig, dass besonders viele „Namenlose Tote“ sich in direkter Nähe zur bulgarisch-türkischen Grenze befanden und die Dunkelziffer der auf der sogenannten Balkanroute verstorbenen Migrant*innen erscheint vor dem Hintergrund der zahlreichen Telefonanrufe der Angehörigen von Vermissten erschreckend groß. Der Umgang mit den leblosen Körpern verstorbener Migrant*innen verdeutlicht, wie unmenschlich diese selbst im Tod noch behandelt werden. Es ist von einem deutlichen Anstieg der Todesfälle auszugehen, die sich schon im vergangenen Jahr fast verdoppelten. Auch die Zustände in den Lagern in Bulgarien wie Lyubimets und Busmantsi sollten stärker problematisiert werden. Es ist davon auszugehen, dass die entsprechenden Behörden der EU u.A durch den nachweislichen Austausch

mit dem Bulgarian Helsinki Committee umfassend über Menschenrechtsverletzungen in Bulgarien informiert sind, was es umso schlimmer macht, wenn davon die Rede ist, dass Bulgarien und Rumänien „den gemeinsamen Bemühungen um die Verwaltung der Außengrenzen und der Migration neuen Schwung verliehen“ hätten.¹⁶⁵ Da der bisherige Schengen-Beitritt Bulgariens und Rumäniens nur mit Luft- und Wasserwegen erfolgte, wird der Beitritt mit den Landesgrenzen weiter ausgehandelt werden. Dabei könnte verstärkte Repression gegen Geflüchtete und Migrant*innen weiter zur Bedingung gemacht werden. Sollten die Kontrollen an den Landesgrenzen im EU-Inneren zwischen Rumänien, Bulgarien und Griechenland abgeschafft werden, wird dies voraussichtlich dazu führen, dass die Kapazitäten der Grenzschützer, die dadurch frei werden, wie vom bulgarischen Premierminister angekündigt, auf die EU-Außengrenzen (v.A die türkisch-bulgarische und die bulgarisch-serbische) konzentriert werden. Mit einem kompletten Schengenbeitritt würde auch der Zugriff auf neue Datenbanken einhergehen. Wenngleich nicht nachgewiesen werden kann, ob es sich bei den Hunden aus Großbritannien um die gleichen Hunde handelt, die

regelmäßig auf Geflüchtete gehetzt werden, kann dies jedoch auch nicht ausgeschlossen werden und die Möglichkeit sollte besorgt zur Kenntnis genommen werden. Rishi Sunak kann vor dem Hintergrund seiner politischen Agenda und der neuen Maßnahmen gegen Schlauchboote in Bulgarien als politischer Profiteur der Aufrüstung an der türkisch-bulgarischen Grenze bezeichnet werden. Auch die Zusammenarbeit der In-Innovation Navigation gmbh bei Stuttgart mit Frontex sollte öffentlich gemacht, skandalisiert und weiter beobachtet werden. Mit den Worten der Aktivist*innen der No Name Kitchen, soll diese Studie enden: „Wir von No Name Kitchen möchten daran erinnern, dass Menschen die Grenzen auf diesen gefährlichen Routen überqueren müssen, weil die Europäische Union keine anderen Alternativen zur Beantragung von Asyl bietet. Gäbe es legale und sichere Wege der Migration, würden die Menschen ihr Leben und ihre Gesundheit nicht auf diesen Routen riskieren. Illegale Zurückdrängungen und Menschenrechtsverletzungen sowie alle Akte physischer und psychischer Gewalt sind ungerechtfertigt und zu verurteilen.“



walterw.a, CC BY-SA 2.0, via Wikimedia Commons

Anmerkungen

- 1 Jan-Peter Bartels: Wo Reform auf Realität trifft, tagesschau.de, 16.4.24.
- 2 Jan-Peter Bartels: Wo Reform auf Realität trifft, tagesschau.de, 16.4.24.
- 3 Ebd.
- 4 The Sofia Globe: Frontex to send 500 – 600 staff to work with Bulgarian Border Police, sofiaglobe.com, 29.2.24.
- 5 Bordermonitoring Bulgaria: Almost 100 refugees died on their way through Bulgaria within the last two years, bordermonitoring.eu, 2.12.23.
- 6 Börse Frankfurt: Bulgarien: ‚Migrationsdruck‘ an EU-Außengrenze zur Türkei lässt nach, boerse-frankfurt.de, 13.3.24.
- 7 The Sofia Globe: Bulgaria and Romania strengthen cooperation on border and migration management, sofiaglobe.com, 4.3.24.
- 8 The Sofia Globe: Bulgaria and Romania strengthen cooperation on border and migration management, sofiaglobe.com, 4.3.24.
- 9 The Sofia Globe: Bulgaria and Romania strengthen cooperation on border and migration management, sofiaglobe.com, 4.3.24.
- 10 The Sofia Globe: Bulgaria and Romania strengthen cooperation on border and migration management, sofiaglobe.com, 4.3.24.
- 11 No Name Kitchen: No Name Kitchens New project in the first European country of the Balkan Route for People on the move, nonamekitchen.org, 20.12.23.
- 12 No Name Kitchen: No Name Kitchens New project in the first European country of the Balkan Route for People on the move, nonamekitchen.org, 20.12.23.
- 13 Lighthouse Reports: Europe’s Nameless Dead, lighthousereports.com, 1.12.23.
- 14 Lighthouse Reports: Europe’s Nameless Dead, lighthousereports.com, 1.12.23.
- 15 The Sofia Globe: EC launches pilot project with Bulgaria, sofiaglobe.com, 20.3.23.
- 16 PM der Europäischen Kommission: Migration management: Update on progress made on the Pilot Projects for asylum and return procedures and new financial support for Bulgaria and Romania, europa.eu, 7.6.23.
- 17 Ursula von der Leyen: Brief an die Europäische Kommission, statewatch.org, 20.3.24.
- 18 Siehe dazu auch Statewatch: Von der Leyen letter: „key border between Bulgaria and Türkiye“ is first target for €600 million fund, statewatch.org, 21.3.23.
- 19 Europäische Kommission: Die Europäische Kommission startet ein Pilotprojekt mit Bulgarien, europa.eu, 20.3.23.
- 20 Europäische Kommission: Die Europäische Kommission startet ein Pilotprojekt mit Bulgarien, europa.eu, 20.3.23.
- 21 PM der Europäischen Kommission: Migration management: Update on progress made on the Pilot Projects for asylum and return procedures and new financial support for Bulgaria and Romania, europa.eu, 7.6.23.
- 22 PM der Europäischen Kommission: Migration management: Update on progress made on the Pilot Projects for asylum and return procedures and new financial support for Bulgaria and Romania, europa.eu, 7.6.23.
- 23 PM der Europäischen Kommission: Migration management: Update on progress made on the Pilot Projects for asylum and return procedures and new financial support for Bulgaria and Romania, europa.eu, 7.6.23.
- 24 Statewatch: Bulgaria and Romania speed up asylum and deportation procedures with EU support, statewatch.org, 19.6.23.
- 25 PM der Europäischen Kommission: Migration management: Update on progress made on the Pilot Projects for asylum and return procedures and new financial support for Bulgaria and Romania, europa.eu, 7.6.23.
- 26 Europäische Kommission: Reporting on progress made on the Pilot Project for fast asylum and return procedures with Bulgaria, europa.eu, 18.10.23.
- 27 Europäische Kommission: Reporting on progress made on the Pilot Project for fast asylum and return procedures with Bulgaria, europa.eu, 18.10.23.
- 28 Europäische Kommission: Reporting on progress made on the Pilot Project for fast asylum and return procedures with Bulgaria, europa.eu, 18.10.23.
- 29 No Name Kitchen: No Name Kitchens New project in the first European country of the Balkan Route for People on the move, nonamekitchen.org, 20.12.23.
- 30 Europäische Kommission: Commission reports on progress made by Bulgaria and Romania on the Pilot Projects for Fast Asylum and Return Procedures, europa.eu, 18.10.23.
- 31 Statewatch: Bulgaria and Romania speed up asylum and deportation procedures with EU support, statewatch.org, 19.6.23.
- 32 Human Rights Watch: Migrants Brutally Pushed Back at Turkish Border, hrw.org, 26.5.22.
- 33 Spiegel: Frontex verdreifacht Einsatzkräfte an EU-Außengrenze in Bulgarien, spiegel.de, 1.3.24.
- 34 Ylva Johansson: Brief an Kalin Stojanov, europa.eu, 18.10.23.
- 35 Ylva Johansson: Brief an Kalin Stojanov, europa.eu, 18.10.23.
- 36 Europäische Kommission: Reporting on progress made on the Pilot Project for fast asylum and return procedures with Bulgaria, europa.eu, 18.10.23.
- 37 Europäische Kommission: Reporting on progress made on the Pilot Project for fast asylum and return procedures with Bulgaria, europa.eu, 18.10.23.
- 38 Bulgarische Delegation an den Europäischen Rat: Pilot project at the Bulgarian-Turkish border, statewatch.org, 5.6.23.
- 39 Terre des hommes: Pushbacks in Zeiten der Schengen-Beitrittskandidatur, tdh.de, 11.23.
- 40 Bulman, May et al.: Europe’s Black Sites, [Lighthouse Reports](https://lighthousereports.com), 8.12.22.
- 41 Terre des hommes: Pushbacks in Zeiten der Schengen-Beitrittskandidatur, tdh.de, 11.23.
- 42 Giorgos Christides, Steffen Lüdke, Maximilian Popp und Tomas Stadius: Pressure Growing on Frontex Chief from Pushbacks Investigation, spiegel.de, 21.3.22.
- 43 William Spindler: UNHCR calls for an investigation into the death of two Iraqis at the Bulgaria-Turkey border, raises concerns over border practices, unhcr.org, 31.3.15.
- 44 William Spindler: UNHCR calls for an investigation into the death of two Iraqis at the Bulgaria-Turkey border, raises concerns over border practices, unhcr.org, 31.3.15.
- 45 Marion Mac Gregor: Bulgaria sends troops to Turkish and Greek borders, infomigrants.net, 27.8.21.
- 46 The Sofia Globe: Migration through the Bulgarian border is zero, sofiaglobe.com, 29.2.20.
- 47 Marion Mac Gregor: Bulgaria sends troops to Turkish and Greek borders, infomigrants.net, 27.8.21.
- 48 Marion Mac Gregor: Bulgaria sends troops to Turkish and Greek borders, infomigrants.net, 27.8.21.
- 49 Reuters: Bulgaria sends 350 troops to its borders to stop migrant inflows, reuters.com, 2.11.21.
- 50 Annual Report on Border Monitoring: Bulgaria 2020, bghelsinki.org, 25.4.21.
- 51 Asylum Information Database: Country Report Bulgaria, asylumineurope.org, 31.12.21.
- 52 Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Information Note on the Court’s case-law 253, coe.int, 20.7.21.
- 53 Human Rights Watch: Migrants Brutally Pushed Back at Turkish Border, hrw.org, 26.5.22.
- 54 Human Rights Watch: Migrants Brutally Pushed Back at Turkish Border, hrw.org, 26.5.22.
- 55 No Name Kitchen: No Name Kitchens New project in the first European country of the Balkan Route for People on the move, nonamekitchen.org, 20.12.23.
- 56 Marta Moreno: When the dog bite us they laugh, nonamekitchen.org, 8.9.23.
- 57 Maditha Strähle: Threats and beatings- Detention practices against people on the move in Bulgaria, nonamekitchen.org, 25.5.23.
- 58 Maditha Strähle: Threats and beatings- Detention practices against people on the move in Bulgaria, nonamekitchen.org, 25.5.23.
- 59 Marta Moreno: When the dog bite us they laugh, nonamekitchen.org, 8.9.23.
- 60 Maditha Strähle: Two Consecutive pushbacks from Bulgaria, nonamekitchen.org, 10.7.23.

- 61 Bordermonitoring Bulgaria: Almost 100 refugees died on their way through Bulgaria within the last two years, bordermonitoring.eu, 2.12.23.
- 62 Bulgarian National Television: A young man from Syria died while illegally crossing the Bulgarian-Turkish border, bnt.bg, 1.4.24.
- 63 Lighthouse Reports: Europe's Nameless Dead, lighthousereports.com, 1.12.23.
- 64 Lighthouse Reports: Europe's Nameless Dead, lighthousereports.com, 1.12.23.
- 65 Missing Migrants Project: Migration within Europe, iom.int, 30.3.24.
- 66 Lighthouse Reports: Europe's Nameless Dead, lighthousereports.com, 1.12.23.
- 67 Lighthouse Reports: Europe's Nameless Dead, lighthousereports.com, 1.12.23.
- 68 Lighthouse Reports: Europe's Nameless Dead, lighthousereports.com, 1.12.23.
- 69 Spiegel: Sie erfrieren in Wäldern, ertrinken in Flüssen, spiegel.de, 1.12.23.
- 70 May Bulman: Surge in refugee deaths in Balkans region where UK provides border force training, inews.co.uk, 1.12.23.
- 71 Anna Tillack und Oliver Soos: Namenloser Tod in Bulgarien, tagesschau.de, 1.12.23.
- 72 Radio Free Europe: 'Nobody's Bodies'. How hundreds of people died in their escape through Bulgaria, svobodnaevropa.bg, 1.12.23.
- 73 Solomon, Dead refugees in the Balkans: 'Grease' to find your man, wearesolomon.com, 1.12.23.
- 74 Bordermonitoring Bulgaria: Almost 100 refugees died on their way through Bulgaria within the last two years, bordermonitoring.eu, 2.12.23.
- 75 Novinite.com: October Sees 41% Decrease in Illegal Migrants in Bulgaria, novinite.com, 27.11.23.
- 76 Bordermonitoring Bulgaria: Almost 100 refugees died on their way through Bulgaria within the last two years, bordermonitoring.eu, 2.12.23.
- 77 Asylum Information Database: Grounds for Detention, asylumineurope.org, 21.4.23
- 78 No Name Kitchen: No Name Kitchens New project in the first European country of the Balkan Route for People on the move, nonamekitchen.org, 20.12.23.
- 79 Terre des hommes: Unrechtmäßige Migrationshaft bei Kindern und Jugendlichen in Bulgarien, tdh.de, 11.2023.
- 80 Terre des hommes: Unrechtmäßige Migrationshaft bei Kindern und Jugendlichen in Bulgarien, tdh.de, 11.2023.
- 81 Terre des hommes: Unrechtmäßige Migrationshaft bei Kindern und Jugendlichen in Bulgarien, tdh.de, 11.2023.
- 82 Terre des hommes: Unrechtmäßige Migrationshaft bei Kindern und Jugendlichen in Bulgarien, tdh.de, 11.2023.
- 83 Terre des hommes: Unrechtmäßige Migrationshaft bei Kindern und Jugendlichen in Bulgarien, tdh.de, 11.2023.
- 84 Asylum Information Database: Grounds for Detention, asylumineurope.org, 21.4.23.
- 85 Asylum Information Database: Grounds for Detention, asylumineurope.org, 21.4.23.
- 86 Euractiv und AFP: Romania, Bulgaria in partial Schengen deal with Austria, says Bucharest, euractiv.com, 28.12.23.
- 87 Europäische Kommission: [Bulgaria and Romania to join Schengen area starting with air and sea borders: Commission welcomes landmark Council decision](https://europa.eu), europa.eu, 30.12.23.
- 88 Europäische Kommission: [Bulgaria and Romania to join Schengen area starting with air and sea borders: Commission welcomes landmark Council decision](https://europa.eu), europa.eu, 30.12.23.
- 89 Europäische Kommission: [Bulgaria and Romania to join Schengen area starting with air and sea borders: Commission welcomes landmark Council decision](https://europa.eu), europa.eu, 30.12.23.
- 90 Europäischer Rat: [Report of the third voluntary fact-finding mission to Bulgaria - latest developments in the application of the Schengen acquis](https://europa.eu), europa.eu, 30.12.23.
- 91 Europäischer Rat: [Report of the third voluntary fact-finding mission to Bulgaria - latest developments in the application of the Schengen acquis](https://europa.eu), europa.eu, 30.12.23.
- 92 Europäische Kommission: [Bulgaria and Romania to join Schengen area starting with air and sea borders: Commission welcomes landmark Council decision](https://europa.eu), europa.eu, 30.12.23.
- 93 Emilya Milcheva und Krassen Nikolov: Bulgaria will not wage diplomatic war over Schengen, euractiv.com, 27.9.23.
- 94 Emilya Milcheva und Krassen Nikolov: Bulgaria will not wage diplomatic war over Schengen, euractiv.com, 27.9.23.
- 95 Emilya Milcheva und Krassen Nikolov: Bulgaria will not wage diplomatic war over Schengen, euractiv.com, 27.9.23.
- 96 Emilya Milcheva und Krassen Nikolov: Positive engagement with Austria for Schengen works, euractiv.com, 27.10.23.
- 97 Emilya Milcheva und Krassen Nikolov: Positive engagement with Austria for Schengen works, euractiv.com, 27.10.23.
- 98 Emilya Milcheva und Krassen Nikolov: Positive engagement with Austria for Schengen works, euractiv.com, 27.10.23.
- 99 Emilya Milcheva und Krassen Nikolov: Positive engagement with Austria for Schengen works, euractiv.com, 27.10.23.
- 100 Terre des hommes: Pushbacks in Zeiten der Schengen-Beitrittskandidatur, tdh.de, 11.23.
- 101 Terre des hommes: Pushbacks in Zeiten der Schengen-Beitrittskandidatur, tdh.de, 11.23.
- 102 Terre des hommes: Pushbacks in Zeiten der Schengen-Beitrittskandidatur, tdh.de, 11.23.
- 103 Europäischer Rat: [Report of the third voluntary fact-finding mission to Bulgaria - latest developments in the application of the Schengen acquis](https://europa.eu), europa.eu, 30.12.23.
- 104 Krassen Nikolov: Bulgaria rejects "Migrants for Schengen" Offer, euractiv.com, 13.12.23.
- 105 Krassen Nikolov: Bulgaria rejects "Migrants for Schengen" Offer, euractiv.com, 13.12.23.
- 106 Euractiv.com und AFP: Dutch government drops objection to Bulgaria joining Schengen, euractiv.com, 16.12.23.
- 107 Euractiv.com und AFP: Dutch government drops objection to Bulgaria joining Schengen, euractiv.com, 16.12.23.
- 108 Catalina Mihai: Romanian MEPs challenge Schengen blockade, point to new EU migration deal, euractiv.com, 21.12.23.
- 109 Europäische Kommission: [Bulgaria and Romania to join Schengen area starting with air and sea borders: Commission welcomes landmark Council decision](https://europa.eu), europa.eu, 30.12.23.
- 110 Euractiv und AFP: Anti-migrant misinformation floods Bulgaria ahead of Schengen entry, euractiv.com, 21.3.24.
- 111 Euractiv und AFP: Anti-migrant misinformation floods Bulgaria ahead of Schengen entry, euractiv.com, 21.3.24.
- 112 Euractiv und AFP: Anti-migrant misinformation floods Bulgaria ahead of Schengen entry, euractiv.com, 21.3.24.
- 113 Euractiv und AFP: Anti-migrant misinformation floods Bulgaria ahead of Schengen entry, euractiv.com, 21.3.24.
- 114 Euractiv und AFP: Anti-migrant misinformation floods Bulgaria ahead of Schengen entry, euractiv.com, 21.3.24.
- 115 The Sofia Globe: Police step up patrols in Bulgaria's capital after incidents involving Bulgarians and foreigners, sofiaglobe.com, 9.3.24.
- 116 Bulgarisches Innenministerium: Illegal Migration billboards, mvr.bg, 20.10.22.
- 117 Bulgarisches Innenministerium: Illegal Migration billboards, mvr.bg, 20.10.22.
- 118 Bulgarisches Innenministerium: Illegal Migration billboards, mvr.bg, 20.10.22.
- 119 Charles Hymas: Border Force officers and drones to be deployed to EU borders to help stop illegal migration, telegraph.co.uk, 23.2.24.
- 120 International Trade Administration: Bulgaria Country Commercial Guide, trade.gov, 1.2.24.
- 121 International Trade Administration: Bulgaria Country Commercial Guide, trade.gov, 1.2.24.
- 122 International Trade Administration: Bulgaria Country Commercial Guide, trade.gov, 1.2.24.
- 123 International Trade Administration: Bulgaria Country Commercial Guide, trade.gov, 1.2.24.
- 124 Radio Bulgaria: Another 10 million euro to be provided for construction of fence along Bulgarian-Turkish border, bnr.bg, 19.10.16.
- 125 Euractiv und Reuters: UK to work with Belgium, Bulgaria and

- Serbia to tackle people smuggling, euractiv.com, 5.10.23.
- 126 Euractiv und Reuters: UK to work with Belgium, Bulgaria and Serbia to tackle people smuggling, euractiv.com, 5.10.23.
- 127 Policy Paper: Joint Statement between Bulgaria and the UK on enhancing cooperation in combatting and preventing organised immigration crime, gov.uk, 15.11.23.
- 128 The Sofia Globe: Bulgaria, UK sign statement on strengthening cooperation against organised crime in immigration, sofiaglobe.com, 13.11.23.
- 129 The Sofia Globe: Bulgaria, UK sign statement on strengthening cooperation against organised crime in immigration, sofiaglobe.com, 13.11.23.
- 130 The Sofia Globe: Bulgaria, UK sign statement on strengthening cooperation against organised crime in immigration, sofiaglobe.com, 13.11.23.
- 131 The Sofia Globe: Bulgaria, UK sign statement on strengthening cooperation against organised crime in immigration, sofiaglobe.com, 13.11.23.
- 132 The Sofia Globe: Bulgaria, UK sign statement on strengthening cooperation against organised crime in immigration, sofiaglobe.com, 13.11.23.
- 133 The Sofia Globe: Bulgaria, UK sign statement on strengthening cooperation against organised crime in immigration, sofiaglobe.com, 13.11.23.
- 134 Bulgarian News Agency: Bulgaria, UK Strengthen Cooperation in Fighting Illegal Migration, bta.bg, 13.11.23.
- 135 Bulgarian News Agency: Bulgaria, UK Strengthen Cooperation in Fighting Illegal Migration, bta.bg, 13.11.23.
- 136 British Transport Police: The Dog section, btp.police.uk, 17.4.24.
- 137 Charles Hymas: Dogs trained to sniff out migrant dinghies smuggled to the Channel, telegraph.co.uk, 14.11.23.
- 138 Charles Hymas: Dogs trained to sniff out migrant dinghies smuggled to the Channel, telegraph.co.uk, 14.11.23.
- 139 Charles Hymas: Dogs trained to sniff out migrant dinghies smuggled to the Channel, telegraph.co.uk, 14.11.23.
- 140 Charles Hymas: Dogs trained to sniff out migrant dinghies smuggled to the Channel, telegraph.co.uk, 14.11.23.
- 141 Bulgarian News Agency: Bulgaria, UK Strengthen Cooperation in Fighting Illegal Migration, bta.bg, 13.11.23.
- 142 Charles Hymas: Border Force officers and drones to be deployed to EU borders to help stop illegal migration, telegraph.co.uk, 23.2.24.
- 143 Daniel Sandford: What does Rishi Sunak's promise to stop the boats mean?, bbc.com, 4.1.23.
- 144 Jasmine Andersson und Francesca Gillett: Stopping small boats is 'priority' for British people, says Rishi Sunak, bbc.com, 8.3.23.
- 145 In-Innovative GmbH: Das VTS-System an den unübersichtlichen Buchten bei Neum ist Teil des EU-Grenzkontrollsystems, innovative-navigation.de, 29.10.13.
- 146 In-Innovative GmbH: Unternehmen, innovative-navigation.de, zuletzt aufgerufen am 19.4.24.
- 147 In-Innovative GmbH: Kernkompetenzen, innovative-navigation.de, zuletzt aufgerufen am 19.4.24.
- 148 In-Innovative GmbH: Know-How aus Kornwestheim hilft Bulgarien die EU-Außengrenze zu sichern, innovative-navigation.de, 23.3.11.
- 149 In-Innovative GmbH: CSS Bulgarien – ein Küstenschutzsystem für gesamte bulgarische Schwarzmeerküste, innovative-navigation.de, zuletzt aufgerufen am 19.4.24.
- 150 In-Innovative GmbH: Know-How aus Kornwestheim hilft Bulgarien die EU-Außengrenze zu sichern, innovative-navigation.de, 23.3.11.
- 151 Matthias Monroy: EU zahlt mehr als 300 Millionen für Überwachung mit Drohnen, netzpolitik.org, 1.2.21.
- 152 Ergänzung zum Amtsblatt der EU: 22827-2019 – Result, europa.eu, 10.1.19.
- 153 Matthias Monroy: Frontex beendet Test mit unbemanntem Luftschiff, netzpolitik.org, 4.9.19
- 154 Matthias Monroy: Frontex beendet Test mit unbemanntem Luftschiff, netzpolitik.org, 4.9.19.
- 155 Shkurta Januzi: Frontex to use Pilote Project for Maritime Surveillance by aerostat, schengenvisa.info, 15. 9.20.
- 156 Frontex: Frontex to launch maritime surveillance by aerostat pilote project, europa.eu, 11.9.20.
- 157 Frontex: Frontex tests aerostat systems in Greece for border surveillance, europa.eu, 14.10.21.
- 158 European Defence Review: CNIM Air Space and in-innovative navigation GmbH have deployed two maritime airborne surveillance aerostat systems for Frontex innovation Pilot Project in Greece, edrmagazine.eu, 2.9.21
- 159 Matthias Morony: Für jede Repression zu haben: Das MUROS aus Meckenheim, telepolis.de, 28.8.19.
- 160 Matthias Monroy: Frontex beendet Test mit unbemanntem Luftschiff, netzpolitik.org, 4.9.19.
- 161 Border Security Report: Considering Aerostat Operations, border-security-report.com, 14.6.21.
- 162 Jan-Peter Bartels: Wo Reform auf Realität trifft, tagesschau.de, 16.4.24.
- 163 Jan-Peter Bartels: Wo Reform auf Realität trifft, tagesschau.de, 16.4.24.
- 164 Jan-Peter Bartels: Wo Reform auf Realität trifft, tagesschau.de, 16.4.24.
- 165 The Sofia Globe: Bulgaria and Romania strengthen cooperation on border and migration management, sofiaglobe.com, 4.3.24.

Spendenaufruf

Dieser Wegweiser zeigte 2017 am Tag der Bundeswehr in Dornsteden in die Richtungen der zahlreichen, aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die Informationsstelle Militarisation (IMI) versucht mit all den Einsätzen sowie den Militarisierungsprozessen im Inneren, Migrationsbekämpfung, militärischen Landschaften, Rekrutierungsmaßnahmen, Rüstungshaushalten und vielen weiteren Themen Schritt zu halten. Um dazu fähig zu sein und das erstellte Material grundsätzlich online kostenlos zur Verfügung stellen und in Printform zum Selbstkostenpreis abgeben zu können, sind wir auf Spenden und Mitgliedschaften angewiesen, die steuerlich absetzbar sind.

Daher bitten wir alle, die sich finanziell dazu in der Lage sehen, uns für das kommende Jahr mit einer Spende zu unterstützen oder auch Menschen im Bekanntenkreis über eine mögliche IMI-Mitgliedschaft zu informieren.

IMI-Spendenkonto Kreissparkasse Tübingen:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32
BIC: SOLADES1TUB

Mitgliedsformulare finden sich hier:
www.imi-online.de/mitglied-werden

Jede Form der Unterstützung ist sehr willkommen!



Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:

IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

**Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V.
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen**

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.

